

Ar 3



UB Braunschweig 84



2225-061-8

Verhandlungen

der

durch die Landesfürstliche Verordnung vom 6. April 1902

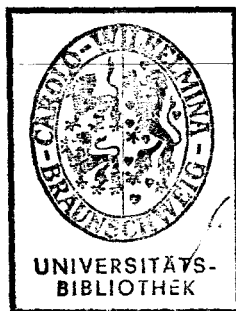
N^o 15 berufenen.

außerordentlichen Landessynode

des Herzogthums Braunschweig,

eröffnet am 29. April und geschlossen am 3. Mai 1902.

Protokolle und Sitzungsberichte 1—4 nebst Anlagen 1—11.



Sachregister.

- 1) **Die Eröffnung und den Schluß der Landessynode, die Regierungs-Commissare u. und die Bestellung der Beamten betr.**
 - a. die Eröffnung der Synode Prot. 1, Sitz.-Ver. 1, Anl. 1.
 - b. die Predigt anläßlich der Eröffnung betr. Prot. 1 VI, Sitz.-Ver. 1 VI.
 - c. den Schluß der Synode Prot. 4 S. 16 u. 17, Sitz.-Ver. 4 S. 31 und Anl. 8.
 - d. Bezeichnung der Regierungs-Commissare und der Vertreter des Consistoriums Prot. 1 S. 3, Sitz.-Ver. 1 S. 2 und Anl. 4.
 - e. Benennung des protokollführenden Secretärs und des Registratur- und Rechnungsbeamten Prot. 1 S. 3, Sitz.-Ver. 1 S. 2 und Anl. 5.
 - f. Wahl des Vorsitzenden der Synode und dessen Stellvertreters und deren Bestätigung Prot. 1 S. 2, Sitz.-Ver. 1 S. 2, Anl. 2 und 3.
 - g. Wahl der Secretäre Prot. 1 S. 2, Sitz.-Ver. 1 S. 2.
 - h. den Synodal-Ausschuß betr. Prot. 4 S. 16 u. 17, Sitz.-Ver. 4 S. 31.
 - 2) **Den Entwurf eines Kirchengesetzes, das Einkommen der Geistlichen der evangelisch-lutherischen Landeskirche betr.** (vergl. Sachreg. der Verhandl. der 8. ordentl. Landessynode von 1901 *Nr.* 107 und 108) Prot. 1 S. 3, 2, 3, 4, Sitz.-Ver. 1—4, Anl. 1, 6, 7, zu 7, 10.
 - 3) **Den Antrag des Abg. Langerfeldt auf Wiederaufnahme der Verhandlungen wegen der Einführung eines neuen Gesangbuchs für die evangelisch-lutherische Landeskirche des Herzogthums betr.** (vergl. Sachreg. der Verhandl. der 8. ordentl. Landessynode von 1901 *Nr.* 45—48) Prot. 1 S. 3 u. 4, 3 S. 10 u. 11, 4 S. 13 u. 17, Sitz.-Ver. 1 S. 3, 3 S. 21, 4 S. 25, Anl. 9.
 - 4) **Den Antrag des Abg. Strube auf eine höhere Anrechnung des Miethwerths der Pfarrdienstwohnungen bei der Pensionirung und der Wittwen- und Waisen-Versorgung betr.** Prot. 2 S. 6 u. 7, 4 S. 16 u. 17, Sitz.-Ver. 2 S. 6 u. 14, 4 S. 30, Anl. 11.
-

Sitzungsbericht 1

vom 29. April 1902.

Verhandlungen der durch Landesfürstliche Verordnung vom 6. d. M.
Nr. 15 berufenen außerordentlichen Landessynode.

Zu der Eröffnung der durch Höchsten Erlaß vom 6. d. Mts. Nr. 15 auf heute einberufenen außerordentlichen Landessynode hatten sich als Regierungscommissar der Wirkliche Geheime Rath Dr. jur. Trieps in Begleitung des Regierungsassessors Dr. jur. Herbst, als Vertreter Herzoglichen Consistoriums Consistorialpräsident Spies, Ober-Consistorialrath Liefß und die Consistorialräthe Generalsuperintendenten Moldenhauer und Dettmer, ferner der unterzeichnete protocollführende Secretär, sowie die nachfolgend aufgeführten Abgeordneten eingefunden:

- 1) Bollmeier Heinrich Albrecht aus Dölme,
- 2) Holzhändler Friedrich Blanke aus Kl. Rhüden,
- 3) Pastor Böhme aus Rähfe,
- 4) Pastor Sen. rev. min. Degering von hier,
- 5) Generalleutnant z. D. v. Grone, Excellenz, aus Westerbrak,
- 6) Kaufmann Hermann Hauswaldt von hier,
- 7) Superintendent Jeep aus Holzminden,
- 8) Superintendent Robert Kellner aus Benzingenrode,
- 9) Landgerichtsrath Kulemann von hier,
- 10) Oberamtsrichter Kunze aus Salder,
- 11) Kreisdirector Langerfeldt von hier,
- 12) General- und Stadtsuperintendent Verche von hier,
- 13) Cammer-Präsident Lüdertsen von hier,
- 14) Forstmeister Müller aus Seesen,
- 15) Gymnasialdirector Prof. Dr. Müller aus Blankenburg a. S.,
- 16) Ackermann Müller aus Watenstedt (Amt Schöningen),
- 17) Pastor Perl aus Beierstedt,
- 18) Pastor Willmann aus Uehrde bei Schöppenstedt,
- 19) Pastor Dr. Pini von hier,
- 20) Bürgermeister Ketemeyer von hier,
- 21) Landwirth Römer aus Beddingen,
- 22) Ackermann und Gemeindevorsteher Röttger aus Dannhausen,
- 23) Superintendent Rothe aus Lichtenberg,
- 24) Superintendent Schulz aus Halle a. W.,
- 25) Superintendent Schumann aus Zimmerlah,
- 26) Amtsrath v. Schwarz aus Hessen,
- 27) Rentner Heinrich Stichel aus Querenhorst,
- 28) Pastor prim. Struve aus Greene,
- 29) Stadtrath Willecke aus Königslutter,
- 30) Superintendent Wollemann aus Osttharingen,
- 31) Pastor Dr. Herbst aus Gebhardshagen.

Ackermann August Schliephake aus Uehrde war nicht erschienen.

I. Herr Wirkliche Geheime Rath Dr. jur. Trieps ergreift zunächst das Wort zu folgender, von der Versammlung stehend angehörter Rede:

Seine Königliche Hoheit, der Prinz Albrecht von Preußen, Regent des Herzogthums Braunschweig, haben gnädigst geruhet, mich zu beauftragen, diese außerordentliche Synode in Höchstdesselben Namen willkommen zu heißen.

Die Veranlassung Ihrer Berufung, meine hochgeehrten Herren, liegt, wie Ihnen bereits bekannt, in dem berechtigten Wunsche, die während der letzten Tagung der Landesynode in Angriff genommene Reform des jetzigen Pfründen-systems zu einem vorläufigen Abschlusse zu bringen.

Auf Grund der im vorigen Jahre erörterten Grundzüge sind die Entwürfe zu einem Staatsgesetze sowie zu einem Kirchengesetze über das Einkommen der Geistlichen der evangelisch-lutherischen Landeskirche ausgearbeitet worden. Nachdem das Erstere die verfassungsmäßige Zustimmung der Landesversammlung gefunden hat, handelt es sich auf der damit gewonnenen Grundlage noch um die Verabschiedung des Ihnen vorliegenden Kirchengesetzes. Mögen die Verathungen zu einem gleich günstigen Abschlusse führen, um ein Resultat zu erreichen, das, indem es die allseits gewünschte Reform wesentlich fördert, mit seinen weiteren Folgen den Interessen der Landeskirche zu dauerndem Segen gereichen kann.

Im Namen und im Auftrage Seiner Königlichen Hoheit erkläre ich diese außerordentliche Landesynode für eröffnet.

II. Nachdem die Vertreter der Kirchenregierung und des Herzoglichen Consistoriums hierauf den Sitzungsaal verlassen hatten, schritt die Versammlung unter dem Voritze des Alterspräsidenten, Abgeordneten Blanke, zur Beamtenwahl.

Auf den Vorschlag des Abgeordneten Zerbst, als die Sr. Königl. Hoheit, dem Prinzen Albrecht von Preußen, Regenten des Herzogthums Braunschweig, zu dem Amte des Vorsitzenden und seines Stellvertreters zu präsentirenden Candidaten und zwar mittelst Zureds die Abgeordneten

- 1) Kreisdirector Langerfeldt von hier,
- 2) Superintendent Schumann aus Zimmerlah,
- 3) Landgerichtsrath Kulemann von hier,

zu wählen, wurden die Genannten, da sich Widerspruch aus der Versammlung gegen dieses Verfahren nicht erhob, gewählt, worauf das Präsentations Schreiben abgesandt ist.

In gleicher Weise sind sodann als Secrétaire die Abgeordneten v. Schwarz und Böhme gewählt.

III. Nach kurzer Unterbrechung wurde die Sitzung in Gegenwart des Regierungscommissars und der Mitglieder des Herzoglichen Consistoriums vom Herrn Alterspräsidenten wieder eröffnet und der Versammlung der Eingang eines Höchsten Rescripts vom heutigen Tage mitgetheilt, inhalts dessen der Abgeordnete Langerfeldt als Vorsitzender der Synode und der Abgeordnete Schumann als dessen Stellvertreter die Bestätigung erhalten haben.

IV. Auf Aufforderung des Herrn Alterspräsidenten übernahm Abgeordneter Langerfeldt nunmehr den Vorsitz, sprach seinen Dank für das ihm durch die Wiederwahl entgegengebrachte Vertrauen aus, versicherte, daß er sein Amt unparteiisch und pflichttreu erfüllen wolle, und theilte sodann mit

- 1) den Eingang eines Höchsten Erlasses vom 15. d. M. N. 1359 B, betreffend Benennung der Commissare der Kirchenregierung, sowie der Vertreter des Herzoglichen Consistoriums,
 - 2) eines Schreibens des Herzoglichen Staats-Ministeriums vom 15. d. M. N. 1360 B, betreffend Beordnung eines protokollführenden Secréters und eines Registratur- u. Beamten,
- kündigte ferner den Eingang an:
- 3) eines Höchsten Rescripts vom 7. d. M. N. 1292 B bei Vorlegung des Entwurfs eines Kirchengesetzes, das Einkommen der Geistlichen der evang.-luth. Landeskirche betr.,

und machte schließlich bekannt, daß eingelaufen seien:

- 4) eine Eingabe des Pastors Fischer in Lobmacherßen im Namen und Auftrage von 42 Patronatsgeistlichen der Landeskirche, betr. baldige Einbeziehung der Patronats- und Gemeindevahlstellen in das neue Pründenreformgesetz und bis dahin, daß solches geschehen, Zulassung der Inhaber derartiger Stellen zur Bewerbung um solche Pfarrstellen, zu denen vom Herzoglichen Consistorium präsentirt wird,
- 5) eine Eingabe des Buchdruckereibesizers Kleuder in Firma Joh. Heinr. Meyer hieselbst in Betreff Herausgabe des neuen Gesangbuchs.

Der unter 3 genannte Entwurf des Kirchengesetzes ist der Pründen-Commission überwiesen, in welche auf Vorschlag des Abgeordneten Schumann mittelst Zurufs ohne Widerspruch der Versammlung die Abgeordneten Langerfeldt, Kulemann, Billmann, Struve und Herbst gewählt werden.

Unter dem Vorsitze des stellvertretenden Herrn Präsidenten, welcher gleichfalls seinen Dank für die Wahl ausspricht, wurde hiernächst vom Abgeordneten Langerfeldt

V. folgender Antrag gestellt:

Landessynode wolle beschließen:

Die Landes-Synode richtet an die Herzogl. Kirchenregierung den Antrag, die Verhandlungen wegen der Einführung eines neuen Gesangbuchs für die evangelisch-lutherische Landeskirche des Herzogthums baldthunlichst wieder aufzunehmen und zwar mit dem Ausschusse der Landes-Synode, welcher ermächtigt ist, für den Fall,

daß der erste (Vieder-) Theil des neu einzuführenden Gesangbuchs den diesem Antrage als Anlagen beiliegenden Entwürfen entspricht, und daß bei der Feststellung des zweiten Theiles des Gesangbuchs, des Wortlautes des Kirchengesetzes und der in Frage kommenden Aeußerlichkeiten diejenigen Beschlüsse Beachtung finden, welche in Beziehung hierauf von der 8. ordentlichen Landes-Synode gelegentlich der ersten Berathung des ihr vorgelegt gewesenen Entwurfs in der 15. Sitzung vom 7. Mai 1901 gefaßt sind,

bei Feststellung des erforderlichen Kirchengesetzes und der Ausführung desselben die Rechte der Landes-Synode wahrzunehmen.

Abgeordneter Langerfeldt begründete seinen Antrag folgendermaßen:

Es sei allgemein bedauert, daß die Vorlage betreffs des neuen Gesangbuchs auf der vorigen Synode nicht zum Abschluß gelangt sei. Aus diesem Gefühle heraus habe sich eine Anzahl Abgeordneter zusammengefunden, um zu berathen, ob es empfehlenswerth sei, die Verhandlungen über diesen Gegenstand wieder aufzunehmen. Unter diesen Abgeordneten sei eine Einigung erzielt und darauf hin vertrauliche Besprechungen mit Herzoglichem Consistorium abgehalten, welche zum Ergebnisse gehabt hätten, daß die Kirchenregierung dem neuen Entwurfe zustimmen werde. Somit sei die Hoffnung vorhanden, die Sache auf dieser Synode zu einem gedeihlichen Ende zu bringen.

Nachdem Redner noch kurzen Aufschluß über die in dem Antrage erwähnten Anlagen gegeben hatte, wurde der Antrag nach genügender Unterstützung einer Commission überwiesen, in welche, einem Vorschlage des Abgeordneten Pini zufolge, die Abgeordneten Hauswaldt, von Grone, Schumann, Röttger und Wollemann durch Zuruf ohne Widerspruch aus der Versammlung gewählt sind.

Dieser Commission ist auch die oben unter 5 erwähnte Eingabe des Buchdruckereibesizers Kleuder, die Eingabe des Pastors Fischer dagegen (s. v. unter 4) der Pründen-Commission zur Vorprüfung überwiesen.

Der Herr Vorsitzende gab den gewählten Commissionen anheim, sofort mit ihren Berathungen zu beginnen, damit am kommenden Donnerstag die Versammlung den Bericht möglichst beider Commissionen entgegennehmen könne.

VI. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wendet sich Abgeordneter Kulemann gegen den Inhalt der bei dem feierlichen Gottesdienste am heutigen Morgen gehaltenen Predigt, indem er ausführt:

Nach dem Gesetze solle der Eröffnung der Landessynode ein feierlicher Gottesdienst vorangehen. Ueber den Zweck desselben sei zwar nichts Besonderes gesagt, derselbe ergebe sich indessen aus den Verhältnissen von selbst, nämlich die Abgeordneten in eine gehobene Stimmung zu versetzen, damit sie freudig ihres Amtes walten können. Der Gottesdienst bezw. die Predigt solle also eine erbauliche Wirkung haben. Diese werde aber nicht durch eine Polemik erzielt, welche sich gegen diejenigen richte, die anderen Anschauungen huldigten als der Prediger. Er halte es nicht für angebracht, wenn in einer solchen Predigt gegen einen Standpunkt polemisiert werde, der in der Synode unzweifelhaft vertreten sei. Das könne nicht zum Guten ausschlagen und sei auch nicht gerechtfertigt. Er wolle sich hierüber nur im Allgemeinen verbreitet haben, ohne weitere praktische Konsequenzen zu ziehen; er sei aber der Ansicht, daß in der heutigen Predigt die von ihm eben betonten Grundsätze nicht angewandt seien.

Abgeordneter Jeep: Die Worte des Abgeordneten Kulemann könne er nicht unwidersprochen lassen. Der Prediger, welcher der Landessynode das Wort Gottes auslege, sei nicht verpflichtet, den jeweiligen in der Synode vertretenen Richtungen der Welt Rechnung zu tragen; derselbe müsse vielmehr als Diener am Worte das verkünden, was ihm Kraft seines Amtes obliege, also diejenige Stellung einnehmen, die er selber inne habe. Wenn der Prediger der Ansicht sei, daß andere kirchliche Richtungen zum Schaden der Kirche gereichten, so habe er die heilige Pflicht, solches in der Predigt zum Ausdruck zu bringen und sich nur zu fragen, ob er predige, was Gottes Wort von ihm fordere. Es sei eine schwere Aufgabe für den betreffenden Geistlichen, vor der Synode zu predigen. Man müsse eher demselben dankbar sein, dürfe aber nicht an der Predigt Kritik üben, auch wenn man sich in seinen Anschauungen gekränkt fühle.

Was ihn, Redner, persönlich angehe, so habe ihn die Predigt sehr befriedigt und auch sehr erbaut.

Abgeordneter Schulz: Er wolle nur bemerken, daß auf einer früheren Synode eine ähnliche Kritik an der Predigt geübt sei, und daß damals der Abgeordnete Skerl darauf hingewiesen habe, daß diese Predigt eine Gabe sei, welche der Synode entgegengebracht werde und welche man einer Kritik nicht unterziehen dürfe.

Abgeordneter Kulemann: Der Versuchung, seinen Standpunkt, den er vorhin vorsichtig angedeutet habe, schärfer zu betonen, wolle er widerstehen; diesen seinen Standpunkt müsse er aber aufrecht erhalten. Es sei doch etwas anderes, ob vor einer Sonntagsgemeinde oder vor der Synode gepredigt werde. Schon früher hätten unangenehme Erörterungen stattgefunden, als die Frage aufgeworfen sei, ob die Predigt gedruckt werden solle. Man habe sich schließlich für den Druck entschieden. Dieser Beschluß beruhe doch aber auf gewissen Voraussetzungen und werde hinfällig, wenn diesen Voraussetzungen nicht Rechnung getragen werde. Schließlich stehe es einem Jeden frei, ob er sich unter solchen Umständen an dem Gottesdienste theilnehmen wolle oder nicht. Auch noch andere Folgen könnten eintreten. Er habe aber schon vorhin hervorgehoben, daß er keine andere Konsequenzen ziehen wolle und wünsche auch jetzt nicht den Anlaß zu einer Debatte zu bieten.

Auf Antrag des Abgeordneten Schumann ist die Debatte über diesen Punkt geschlossen.

VII. Der Herr Vorsitzende bestimmte sodann die nächste Sitzung auf Donnerstag, den 1. Mai d. Js., verkündete die Tagesordnung und schloß die Sitzung.

Gerhard, Gerichtsaffessor,
prot. Secretär.

Sitzungsbericht 2

vom 1. Mai 1902.

Verhandlungen der durch Landesfürstliche Verordnung vom 6. v. M.
N. 15 berufenen außerordentlichen Landessynode.

Gegenwärtig: Die Abgeordneten der Synode ohne den Abgeordneten Schliephake, und der unterzeichnete protokollführende Secretär.

Regierungsseitig: Wirklicher Geheimerath Dr. jur. Trieps; als Vertreter des Herzogl. Consistoriums Consistorialpräsident Spies, Ober-Consistorialrath Liefß und die Consistorialräthe Generalsuperintendenten Moldenhauer und Dettmer.

Nach Verlesung eines Schriftworts seitens des Abgeordneten Schumann wurde das Protokoll der gestrigen Sitzung verlesen und vorbehaltlich einer einem Wunsche des Abgeordneten Jeeß entsprechenden Ergänzung genehmigt.

I. Der Herr Vorsitzende machte Johann bekannt, daß er dem Abgeordneten Schliephake für die Dauer der außerordentlichen Landessynode Urlaub erteilt habe, worauf man, der Tagesordnung gemäß, eintrat

II. in die Verathung des Entwurfs eines Kirchengesetzes, das Einkommen der Geistlichen der evangelisch-lutherischen Landeskirche betreffend. — Anl. 6 — sowie der in Anl. 7 enthaltenen Commissionsanträge.

Titel und Eingang des Gesetzes sind mit dem Commissionsantrage 1, im Eingange des Gesetzes die Worte „des von“ und „ermächtigten Synodalausschusses“ zu streichen, zunächst zur Verathung verstellt.

Der Berichterstatter, Abgeordneter Kulemann, führte nach einigen einleitenden Bemerkungen aus, daß es sich hier lediglich um eine redactionelle Aenderung handle. Die jetzige Fassung beruhe auf der Voraussetzung, daß der Synodalausschuß Vollmacht zur Verabschiedung des Kirchengesetzes im Ganzen habe. Nachträglich seien Zweifel über den Umfang dieser Vollmacht entstanden, welche dazu geführt hätten, die gegenwärtige außerordentliche Landessynode zu berufen. Hieraus erkläre sich die Nothwendigkeit einer entsprechenden Aenderung der Eingangsformel des Entwurfs.

Titel und Eingang des Gesetzes wurden sodann mit dem Antrage 1 angenommen.

Unter 2 hatte die Commission den Antrag gestellt, im §. 1 des Entwurfs die Absätze 2 und 3 zu streichen.

Der Berichterstatter wies darauf hin, daß auch dieser Antrag nur redactioneller Art sei und bezwecke, Mißverständnissen und gewissen Ungleichheiten, namentlich mit Rücksicht auf §. 11 des Entwurfs, vorzubeugen. Diese Gründe hätten der Commission Anlaß zu einem besonderen Zusatz gegeben, wie solches in den Anträgen 20—22 zum Ausdruck gebracht sei.

§. 1 wurde hiernach mit dem Antrage 2 genehmigt.

Abgeordneter Struve: Im §. 1 des Gesetzes sei gesagt, daß die Geistlichen ein bestimmtes Einkommen außer der Wohnung erhalten sollen. In der Commission sei die Höhe des Miethwerths der Wohnungen nicht mit in Betracht gezogen; er glaube aber, daß man diesen Punkt hier nicht übergehen dürfe, und daß man sich darüber schlüssig machen müsse, daß der jetzige Ansatß des Miethwerthes mit 150 M nicht mehr zeitgemäß und zu erhöhen sei. Er behalte sich die Stellung eines dahingehenden Antrages für den Schluß der heutigen Sitzung vor.

§. 2 mit dem Antrage 3, §. 3 und §. 4, letzterer mit den Commissionsanträgen 4—6 fanden ohne Weiteres die Zustimmung der Versammlung.

Zu §. 5 des Entwurfs hatte die Commission beantragt:

7. im Absatz 1 den Zusatz „(vgl. §. 1)“ zu streichen;
8. hinter „4800“ einzuschalten „bzw. 3000“;
9. hinter dem ersten Satz folgenden neuen Satz einzufügen: „Sollte demnächst eine Erhöhung des Zuschusses erfolgen, so tritt an Stelle der Summe von 4800 M der danach sich ergebende Höchstbetrag“;
10. den Eingang des Abs. 2 folgendermaßen zu fassen: „Demnächstiger gesetzlicher Bestimmung bleibt die Entscheidung darüber vorbehalten, wann und in welcher Weise in voller Durchführung . . .“.

Der Berichterstatter bemerkte hierzu, daß es sich auch hier bis zu einem gewissen Grade um redactionelle Aenderungen handle. Bekanntlich habe sich der Landtag bereit erklärt, erhebliche Zuschüsse zu leisten, und zwar bis 4800 M für die in die Reform einbezogenen Stellen, während für die übrigen eine Erhöhung bis auf 3000 M vorgesehen sei. Es erscheine folgerichtig, auch den Maximalsatz für die Inhaber dieser Stellen im Gesetze aufzunehmen. Dem sei durch den Antrag 8 genüge geschehen. Im Landtage sei ferner in sehr dankenswerther Weise angeregt, Zuschüsse auch noch über den Satz von 4800 M hinaus dem Tarife gemäß zu gewähren. Die staatlichen Faktoren seien zwar noch nicht endgültig gebunden; es sei nur ein entsprechender Vorbehalt im Gesetze gemacht. Zweckmäßig werde aber für den Fall der Erhöhung des Zuschusses auch im Kirchengesetze gleich Vorsorge getroffen, was durch den Antrag 9 erreicht werden solle.

Anträge 7 und 10 seien nur redactionell.

Die Anträge sind zusammen zur Abstimmung verstellt und sämmtlich angenommen; in gleicher Weise trat die Versammlung dem §. 5 mit den dadurch bedingten Abänderungen bei.

Unter 11—16 hatte die Commission folgende Anträge gestellt:

11. In §. 6 Abs. 2 ist der Satz unter Ziffer 1 zu streichen. Demgemäß ist statt Ziffer 2 Ziffer 1 und statt Ziffer 3 Ziffer 2 zu setzen.
12. In §. 6 Abs. 2 Ziffer 3 sind hinter „Einnahmen“ die Worte „von Schulämtern“ zu streichen.
13. In §. 6 Abs. 2 Ziffer 3 ist vor den Worten „und inwieweit“ einzuschalten „ob“.
14. In §. 6 Abs. 2 Ziffer 3 ist hinter den Worten: „verbunden sind“ einzuschalten: „sowie aus Vermächtnissen und Stiftungen“.
15. In §. 6 Abs. 3 ist hinter der Klammer einzuschalten: „und Schulaufsichtsämtern“.
16. In §. 6 Abs. 5 ist hinter dem Worte „geschieht“ einzuschalten: „unter Mitwirkung des Kirchenvorstandes“.

Der Berichterstatter führte aus:

Zu 11. Es liege ein gewisser Widerspruch darin, wenn einem Geistlichen eine Zulage bewilligt werde und diese dann bei Ermittlung des Dienst Einkommens legerem zugerechnet werden solle. Diesen Widerspruch zu beseitigen, bezwecke der Antrag 11.

Zu 12. Die Commission sei der Ansicht, daß es unbillig sei, die im Abs. 2 Ziffer 3 bezeichneten Einnahmen „aus anderen Aemtern“ bedingungslos anzurechnen und glaube diesem durch den Antrag 12 vorbeugen zu müssen.

Zu 14. Dieser Antrag berühre vornehmlich die Inhaber von Wolfenbüttler Pfarrstellen. Es sei zwar geltend gemacht, daß es nicht angängig sei, solche Einnahmen, die aus den Mitteln von Privatpersonen fließen, seitens des Staates in Anrechnung zu bringen; andererseits sei aber auch hervorgehoben, daß es sehr wohl denkbar sei, daß die fraglichen Stiftungen etc. nur auf dem Umstande beruhten, daß die Pfarrstellen nicht genügend dotirt wären. Die Commission habe aus diesen Gründen es für rathsam erachtet, die Entscheidung im Einzelfalle dem Ermessen Herzoglichen Consistoriums vorzubehalten.

Zu 15. Zu den Schulämtern gehörten auch die Schulaufsichtsämter. Die Einnahmen aus diesen seien aber, wenn man die Motive berücksichtige, nicht mit anzurechnen. Zweckmäßig sei das im Gesetze selber zum Ausdruck zu bringen.

Zu 16. Dieser Antrag beruhe auf einem Beschlusse der Landesversammlung. Man habe in der gemeinschaftlichen Berathung der Commission mit den Vertretern der Kirchenregierung die Tragweite dieser Vorschrift erwogen und sei übereinstimmend der Ansicht gewesen, daß derselben dadurch hinlänglich Genüge geleistet werde, daß der Geistliche, bevor er über die vorzunehmende Aenderung des Pfarrkatasters an Herzogliches Consistorium berichte, diese Aenderung dem Kirchenvorstande zur Begutachtung vorlege und dessen Beschluß seinem Berichte beifüge. Um keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß ein solches Verfahren der vorgeschlagenen Vorschrift entspreche, sei beschlossen, dieses ausdrücklich als übereinstimmende Auffassung der Landesynode und der Kirchenregierung zu Protokoll feststellen zu lassen.

Auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden erklärt sich der Berichterstatter bereit, die zum Antrage 16 gemachten Ausführungen schriftlich zu fixiren und dem prot. Secretair zu übergeben.

Herr Geheimer Rath Dr. jur. Trieps: Er nehme als selbstverständlich an, daß sich der Antrag 16 nur auf die künftige Feststellung des Pfarrkatasters beziehe, da andererseits eine sehr große Erschwerung eintreten würde, wenn nachträglich der Kirchenvorstand zur Mitwirkung herangezogen würde. Dieses wolle er hiermit ausdrücklich festgestellt haben.

Was die übrigen Commissionsanträge anlange, so habe er, von den Anträgen 11 und 13 abgesehen, gegen dieselben nicht unerhebliche Bedenken. Die Bestimmungen des Gesetzes über den Emeritirungs-Fonds sollten ja mit kleinen Abänderungen auch für den Pfarrbesoldungs-Fonds Platz greifen. Dieses Gesetz habe auch der Landesversammlung schon als Motiv zu Grunde gelegen; schon hier sei die Frage angeregt, ob in dieser Beziehung nicht zu weit gegangen werde. Man könne die Tragweite dieser Bestimmungen noch nicht übersehen. Er bitte dringend in den Anträgen Maß zu halten; dieselben bedeuteten ohne Frage eine Erhöhung des Tarifs. In der Landesversammlung sei ja die Vereinbarung getroffen, Zuschüsse über den Gehaltsfuß von 4800 M hinaus einstweilen vorzubehalten. Es könnte daher mit Rücksicht auf diese Landtagsverhandlungen eine derartige Beschränkung der Anrechnung von Einnahmen, wie sie jetzt beantragt werde, möglicher Weise auf Schwierigkeiten stoßen. Das würde für die ganze Entwicklung nicht förderlich sein.

Abgeordneter Perl: An den Schlußabsatz des §. 6 habe er eine kurze Bemerkung anzuknüpfen. Das Einkommen der Pfarrstellen werde bekanntlich in der Weise ermittelt, daß die Einnahmen und die Lasten gesondert aufgestellt und dann die letzteren von den ersteren abgezogen würden. Es sei ihm nun zu seiner Kenntniß gekommen, daß über die Lasten vielfach genügende Klarheit nicht herrsche. Namentlich kämen die Bestimmungen des Gesetzes vom 10. December 1900 Nr. 64, die Abänderung des Gemeindeabgabengesetzes betreffend, in Betracht. Hiernach seien in der neuen Fassung des §. 19 des Gemeindeabgabengesetzes diejenigen Pfarrliegenschaften, für welche bis dahin zu den Gemeindelasten nichts beigetragen sei, den Steuern vom Grundbesitz in der Gemeinde nicht unterworfen. Dieses Gesetz scheine ihm nicht ausreichend bekannt geworden und von den Gemeindebehörden theilweise übersehen zu sein, so daß thatsächlich gewisse Grundstücke herangezogen seien, welchen die Wohlthat des gedachten §. 19 zur Seite stände.

Er richte deshalb an Herzogliches Consistorium das Ersuchen, bei demnächstigen Revisionen der Pfarranschläge genau prüfen zu wollen, ob überall da, wo die Liegenschaften einer Pfarre zu den Gemeinde-Abgaben herangezogen würden, hierzu auch eine Berechtigung der betr. Gemeinde vorliege, auch wolle er zur Erwägung vorstellen, ob es nicht zweckmäßig sei, die Bestimmungen des Gesetzes vom 10. December 1900 Nr. 64, betr. Abänderung des Gemeindeabgabengesetzes, im Amtsblatte der Geistlichen von Amtswegen bekannt zu machen.

Herr Consistorialpräsident Spies erwiderte, daß hinsichtlich der Prüfung der Pfarranschläge dem Wunsche des Vorredners Rechnung getragen werden würde, daß aber seines Erachtens auch bislang schon so verfahren sei, und erklärte ferner, daß die Frage bezüglich der Bekanntmachung des einschlägigen Gesetzes im Amtsblatte einer Erwägung unterzogen werden solle.

Abgeordneter Ketemeyer hegt Bedenken gegen den Antrag 14, soweit es sich um die Stadt Braunschweig handle, welche gleichfalls durch diesen Antrag berührt werde. Es gäbe hier eine große Zahl von Stiftungen, aus denen den Geistlichen Competenzen zufließen, nicht um in erster Linie das Einkommen aufzubessern, sondern um ein Aequivalent für Nebenfunctionen zu bilden. Der Antrag 14 würde unter Berücksichtigung des Antrages 21 zu erheblichen Ungleichheiten zwischen den einzelnen Stadtgeistlichen führen, die an sich nicht gerechtfertigt seien. Es sei zwar ein Niegel vorgeschoben, indem die Frage, ob derartige Einnahmen anzurechnen seien oder nicht, der Entscheidung vorbehalten sei. In dieser

Beziehung müsse er aber die Frage aufwerfen, wer hier zu entscheiden habe, Herzogliches Consistorium oder das Kirchencassencollegium? Letzeres würde ihm sympathischer sein.

Abgeordneter Rothe bemerkt, daß die Stiftungen u., soweit Wolfenbüttel in Betracht komme, gemacht seien, um die Wolfenbüttler Geistlichen denen der Stadt Braunschweig gleichzustellen, damit man auf diese Weise tüchtige Geistliche in Wolfenbüttel halten könne. Im Interesse dieser Pfarrstellen bitte er die fraglichen Einnahmen nicht anrechnen zu wollen.

Nachdem der Berichterstatter ersucht hatte, die Debatte über diesen Punkt gegebenen Falls bis zur Erledigung der zu §. 13 gestellten Anträge zu verschieben, wurde die Verathung geschlossen und die Commissionsanträge einzeln zur Abstimmung gestellt.

Antrag 11 wurde angenommen, desgleichen der Antrag 12, nachdem der Herr Vorsitzende zur Vermeidung von Irrthümern unter ausdrücklicher Bestätigung des Berichterstatters darauf hingewiesen hatte, daß die von dem Antrage betroffenen Worte „von Schulämtern“ sich im §. 6 Abs. 2 Ziff. 3 des Entwurfs zwei Mal verzeichnet fänden, daß aber nur die an zweiter Stelle stehenden bezüglichlichen Worte gestrichen werden sollten.

Auch die Anträge 13, 14, 15 und 16 und sodann der §. 6 des Entwurfs mit diesen Abänderungen wurden genehm gehalten.

§. 7 wurde ohne Weiteres genehmigt.

Zu §. 8 des Entwurfs war von der Commission, abgesehen von dem lediglich redactionellen Antrage 17 unter 18 beantragt:

Im Abs. 3 ist hinter den Worten „dienstliche Stellung“ einzuschalten:

„oder in den Dienst der Mission oder Diaspora“.

Hierzu hob der Berichterstatter hervor, daß auf der letzten ordentlichen Synode der Wunsch geäußert sei, daß die Theiligung der braunschweigischen Geistlichen an der Mission und der Diaspora möglichst gefördert werden möge. Er selber habe schon früher darauf hingewiesen, daß diesem Wunsche im Gesetze besonderer Ausdruck verliehen werden müsse. Dem entspreche der Antrag 18, welcher auf eine Verständigung mit den Vertretern der Kirchenregierung beruhe.

Abgeordneter Jeep: Im §. 8 Abs. 1 Satz 2 sei gesagt: „Der darnach ermittelten Zahl von Dienstjahren werden die Jahre hinzugerechnet, während deren der Geistliche im Staatsdienste oder an öffentlichen Schulen innerhalb des Herzogthums oder im Dienste einer auswärtigen, evangelischen Landeskirche des Deutschen Reiches fest angestellt gewesen ist“.

Er frage an, ob unter den Worten „der Geistliche“ nur diejenigen zu verstehen seien, welche beide theologische Examina gemacht, oder auch solche, welche nur das erste und dann das Rectorexamen absolvirt hätten und hierauf angestellt worden wären.

Abgeordneter Schulz: Die Worte seien so zu verstehen, daß damit diejenigen Candidaten des Predigtamtes einbezogen wären, welche ein günstiges Geschick in den Schuldienst hineingeworfen hätte. Dieselben befänden sich in weit besserer Lage, als die übrigen Predigtamtsandidaten; denn, wenn sie vielleicht schon mit 25 Jahren eine Lehrstelle erhalten und in derselben z. B. 9 Jahre amtirt hätten, so würden sie bei ihrer Anstellung als Geistlicher nicht mit der untersten Gehaltsstufe, sondern mit der diesem Dienstalter entsprechenden höheren Classe beginnen. Darin liege eine gewisse Unbilligkeit gegenüber den anderen Candidaten, welcher vielleicht dadurch vorgebeugt werden könne, daß am Schlusse des Abs. 1 im §. 8 folgender Satz hinzugefügt werde:

„sowie bei Candidaten des Predigtamtes diejenigen Jahre, welche sie seit ihrer Ordination in der Landeskirche thätig gewesen sind“.

Einen bestimmten Antrag wolle er aber in dieser Richtung nicht stellen. Er wünsche nur eine Erklärung der Synode auf diesen Vorschlag herbeizuführen.

Herr Consistorialrath Moldenhauer: Mit den fraglichen Worten seien natürlich nicht etwa solche Candidaten gemeint, die noch nicht anstellungsfähig seien, weil sie die vorgeschriebenen Prüfungen noch nicht absolvirt hätten, sondern nur diejenigen, welche diese Prüfungen bestanden und eine feste Anstellung erhalten hätten. Wenn der Abgeordnete Schulz der Ansicht sei, daß hier eine Ungleichheit zwischen den einzelnen Candidaten entstehen könne, so würde dieselbe dadurch ausgeschlossen, daß neben dem Bestehen der Prüfungen eine feste Anstellung gefordert werde.

Einen Zusatz, die Jahre seit der Ordination anzurechnen, könne er nicht empfehlen. Wenn das auch in einigen Landeskirchen üblich sei, so seien doch die Verhältnisse hier zu Lande andere.

Herr Consistorialpräsident Spies wendet sich gleichfalls gegen einen solchen Zusatz, durch welchen die finanziellen Berechnungen in bedenklicher Weise verschoben und die Grundlagen des gegenwärtigen Gesetzes erschüttert würden.

Abgeordneter Schumann hält es zwar auch für wünschenswerth, daß man darauf Bedacht nehmen müsse, eine derartige Ungleichheit, wie sie vom Abgeordneten Schulz dargethan sei, auszuschließen, kann jedoch den Zeitpunkt der Ordination auch nicht für zweckmäßig erachten, da er gleicher Weise zu Ungleichheiten führen würde.

Abgeordneter Perl erinnert an die Kategorie der Seminarlehrer, welche die erste theologische Prüfung und das Rectorexamen abgelegt und dann eine feste Anstellung erhalten hätten. Diesen werde man, wolle man große Härten vermeiden, seiner Ansicht nach nicht vorenthalten können, daß ihnen die Dienstjahre von der Anstellung als Rector anzurechnen seien und nicht erst, wenn sie später in das geistliche Amt übertreten würden, von dem Tage an, wo sie die zweite theologische Prüfung bestanden hätten.

Herr Consistorialrath Moldenhauer erklärt, daß, falls eine definitive Anstellung als Seminarlehrer oder Religionslehrer an einem Gymnasium erfolgt sei, wobei es sich im Uebrigen nur um ganz vereinzelte Fälle handle, dem Betreffenden die Jahre seit der festen Anstellung in Anrechnung gebracht werden müßten.

Nach Schluß der Berathung wurde §. 8 mit den Anträgen 17 und 18 angenommen.

Zu §. 9 bemerkte der Berichterstatter: Im §. 7 des Entwurfes sei gesagt, daß die Verpflichtung zur Abführung des Ueberschusses für den Geistlichen mit dem ersten Tage des Monats beginne, in dem seine Einführung in das Pfarramt stattgefunden habe und so lange dauere, wie er das Einkommen dieser Stelle beziehe. Seines Erachtens würde es einer weiteren Vorchrift in dieser Beziehung nicht bedürft haben.

Nun sei aber im Abs. 3 und 4 des §. 9 bestimmt, daß die Verpflichtung zur Abführung des Ueberschusses mit dem letzten Tage des Monats aufhöre, in welchem der Geistliche aus dem Amte scheide bezw. das den Amtsverlust aussprechende Erkenntniß rechtskräftig werde. Diese Vorschriften deckten sich mit denen des §. 7, wenn das Ausscheiden aus der Stelle zc. mit dem letzten Tage des Monats eintrete, ständen aber abgesehen davon, daß sie eine Unbilligkeit in sich schlossen, auch zu einander in Widerspruch, wenn das Ausscheiden zc. zu einem andern Zeitpunkte statthabe. Diesen Bedenken, welche er auch in den Commissionsitzungen zur Sprache gebracht habe, sei von den Vertretern der Kirchenregierung entgegengehalten, daß es bislang Praxis gewesen sei, sowohl die Emeritirung wie die Verabschiedung erst am letzten Tage des Monats eintreten zu lassen. Sobald dieser Grundsatz gesetzlich festgelegt werde, könne von einem Widerspruche nicht mehr die Rede sein.

Die Commission habe keinen Antrag stellen wollen, weil ihr dieser Punkt nicht wichtig genug erschienen sei. Auch er nehme keine Stellung zu diesem Paragraphen und überlasse es der Versammlung, wie sie darüber denken wolle.

Herr Consistorialpräsident Spies führt aus, daß bei diesen Vorschriften niemals eine Venachtheiligung des Geistlichen entstehen könne und bittet es bei der Regierungsvorlage zu belassen.

Abgeordneter Wollemann stellt hiernächst den Antrag, in Ziff. 2 des §. 9 das Wort „spätestens“ — das nur zu Irrthümern Veranlassung geben könne und vollständig überflüssig sei — zu streichen.

Nachdem der Herr Consistorialpräsident erklärt hatte, daß er in dem Worte nichts Bedenkliches finden könne, und nachdem sich die Abgeordneten Perl und Schumann für den Antrag ausgesprochen hatten, wurde derselbe und sodann auch §. 9 mit der dadurch bedingten Abänderung angenommen. §. 10 gelangt ohne weitere Debatte zur Annahme. §. 11 des Entwurfes lautet folgendermaßen:

„Die Kirchenregierung ist befugt, den Geistlichen nach Ablauf von zehn auf ein und derselben Stelle zugebrachten Dienstjahren einmal während seiner gesamten Amtsdauer innerhalb der evangelisch-lutherischen Landeskirche nach freiem Ermessen auf eine andere Stelle mit mindestens gleichem Einkommen zu versetzen. Eine etwaige Weigerung des Geistlichen hat, abgesehen von dem Verlust der bisherigen Pfarrstelle, die Unwirksamkeit der neuen Verleihung zur Folge.“

Seitens der Commission ist hierzu beantragt:

19. §. 11 erhält folgende Fassung:

„Ein Geistlicher der evangelisch-lutherischen Landeskirche kann nach Ablauf von zehn hintereinander auf derselben Stelle zugebrachten Dienstjahren ein Mal während seiner gesamten Amtsdauer im kirchlichen Interesse seiner Gemeinde auf eine Stelle mit mindestens gleichem Einkommen versetzt werden. Die Berechnung des Einkommens erfolgt nach den in §. 6 getroffenen Bestimmungen.“

Hält Herzogl. Consistorium die Versetzung für erforderlich, so hat es den Geistlichen aufzufordern, innerhalb eines Monats entweder seine Zustimmung zu erklären oder die Gründe seiner Weigerung anzugeben.

Erklärt der Geistliche seine Zustimmung oder giebt er keine Erklärung ab, so ist ihm eine Frist zu setzen, innerhalb deren er sich um eine der zur Besetzung gelangenden Stellen zu bewerben hat. Die Frist darf nicht unter einem Jahre betragen.

Läßt der Geistliche die Frist unbenutzt verstreichen oder hat die von ihm vorgenommene Meldung keinen Erfolg, so hat Herzogl. Consistorium dem Geistlichen 3 Stellen zur Auswahl anzubieten. Lehnt er diese Stellen ab, oder giebt er innerhalb der ihm gesetzten Frist keine Erklärung ab, so erfolgt die Versetzung auf eine der drei ihm angebotenen Stellen durch landesfürstliche Verfügung mit der rechtlichen Wirkung der Verleihung dieser Stelle. Die Bestimmungen über das Vokationsrecht der Gemeinde bleiben unberührt.

Verweigert der Geistliche seine Zustimmung, so hat Herzogl. Consistorium über die Weigerung zu entscheiden. Soll die Weigerung zurückgewiesen werden, so bedarf es der Zustimmung des Synodalausschusses. Der Erklärung des Ausschusses soll eine gemeinsame vertrauliche Verathung mit Herzoglichem Consistorium vorangehen.

Ist die Weigerung endgültig zurückgewiesen, so gilt die Zustimmung des Geistlichen als erfolgt und ist das in Absatz 3 und 4 vorgeschriebene weitere Verfahren einzuleiten.

Weigert sich der Geistliche, einer nach Absatz 4 bez. 6 verfügten Verletzung Folge zu leisten oder bei deren Durchführung in der gesetzlich erforderlichen Weise mitzuwirken, so kann er durch landesfürstliche Verfügung seiner Rechte aus der Verleihung verlustig erklärt werden."

Nach einigen einleitenden Bemerkungen führte der Berichterstatter aus:

§. 11 sei als Folge der Meinungsverschiedenheit zwischen Doppel- und Einheitstarif entstanden. Gegen den letzteren seien namentlich 2 Gründe ins Treffen geführt. Einmal sei gesagt, daß die Verwaltung der Pfründe leiden würde, wenn der Geistliche kein Interesse mehr an der Pfründe habe, und sodann, daß dieser Tarif zu einer unerwünschten Stagnation führen müsse, insofern der Geistliche nicht mehr den Antrieb hätte, sich nach einer besseren Stelle umzusehen. Als eine Art Compensation sei in Folge dessen der §. 11 ins Leben gerufen, welcher das Princip der Versehrbarkeit der Geistlichen in sich schließe. Auf der vorigen Synode seien nun nach dieser Richtung hin eine Reihe von Wünschen geäußert, welchen jedoch der vorliegende §. 11 nicht entspreche. Die Kirchenregierung habe auch anerkannt, daß der §. 11 in seiner jetzigen Fassung nicht beibehalten werden könne. Die Mängel desselben beständen vornehmlich darin, daß dem Wunsche, dem Geistlichen möge eine Frist von 2 Jahren gesetzt werden, um sich zu einer anderen Stelle zu melden, nicht Rechnung getragen sei, und daß der Geistliche bei einer Weigerung, sich versetzen zu lassen, ohne Weiteres die Pfarrstelle verlieren solle. Bei Ausgestaltung des ersteren Gedankens — Meldefrist von 2 Jahren — habe die Commission gefunden, daß man etwas übersehen habe, nämlich für den Fall Vorsorge zu treffen, daß der Geistliche sich melde, seine Meldung aber nicht berücksichtigt werde. Sollte ihm dann eine neue Frist gesetzt werden? Hiergegen seien vom Consistorium ernste Bedenken erhoben und der Gegenvorschlag gemacht, daß dem Geistlichen 3 Stellen anzubieten seien, unter welchen derselbe die Wahl haben solle. Aber auch das habe zu Bedenken geführt, namentlich, soweit die Beziehungen zwischen der neuen Gemeinde und dem Geistlichen in Betracht kämen. Die betr. Gemeinde werde das Gefühl haben, daß der Geistliche nicht freiwillig zu ihr gekommen, sondern ihr von oben herab zuertheilt sei. Man habe deshalb eine Combination beider Wege für das Richtige gehalten. Dem Geistlichen solle also zunächst eine, wenn auch kürzere, Frist gesetzt werden; habe das keinen Erfolg, so sei ihm die Auswahl unter 3 Stellen offen zu lassen.

Ferner sei angeregt, ob man nicht ebenso wie die Mindestgrenze auch eine Höchstgrenze, bis zu welcher der Geistliche versetzt werden könne, im Gesetze festlegen solle. Es sei bestritten, daß irgend eine Gefahr vorliege. Dieserhalb habe man, zumal mit Rücksicht auf die Zurechtweisung, daß nicht hart verfahren werden solle, von einer derartigen gesetzlichen Bestimmung Abstand genommen.

Es sei auch vorgeschlagen, die Versetzung nicht ohne Anhören der Gemeinde bzw. des Kirchenvorstandes eintreten zu lassen. Dabei sei die Frage aufgeworfen, ob die Zustimmung der Gemeinde eingeholt oder dieselbe nur gehört werden solle. Gegen Beides seien praktische Gründe geltend gemacht. Wenn auch ein solches Verfahren von allen Seiten als principiell richtig anerkannt sei, so habe man doch darauf hingewiesen, daß in solchem Falle ein unerfreuliches Verhältniß zwischen Pastor und Gemeinde entstehen könne, sowie daß auch häufig wohl nicht die Gesichtspunkte maßgebend sein würden, welche das Gesetz voraussetze, daß man vielmehr von finanziellen Gesichtspunkten ausgehen würde. Aus diesen Erwägungen habe die Commission es unterlassen, Anträge in dieser Beziehung zu stellen.

Ueber die Art des Verfahrens selbst sei in der Regierungsvorlage nichts gesagt. Den Schwierigkeiten, die dieserhalb bei den Commissionsberathungen sich ergeben hätten, sei zum großen Theil durch einen Vorschlag des Consistoriums abgeholfen, welcher dahin gegangen

sei, bei dem Verfahren, welches an sich in den Händen des Consistoriums liegen müsse, den Ausschluß der Synode mitwirken zu lassen. Die anfänglichen Zweifel, ob eine solche Thätigkeit der Stellung des Ausschusses entspreche, habe man unter vergleichsweiser Berücksichtigung des §. 27 Biff. 2 des Synodalgesetzes in welcher es sich um die verweigerter Vocation eines Predigers seitens einer Gemeinde handle, fallen gelassen. Wie solle man aber die Mitwirkung gestalten? Sollte der Ausschluß seine Zustimmung geben oder ein gemeinsamer Beschluß gefaßt werden? Für das Erstere spreche namentlich auch die Parallele aus §. 27 Biff. 2 cit., abgesehen davon, daß dem Geistlichen auf diese Weise größere Garantie gewährt werde. Gegen diese Art der Mitwirkung seien indeß von den Vertretern der Kirchen-Regierung weniger principielle Bedenken, als geltend gemacht, daß es durchaus erforderlich sei, daß der Ausschluß nicht blos auf die Acten angewiesen sei, sondern vielmehr die Ansichten durch gemeinsame mündliche Aussprache geklärt werden müßten. Diesem Wunsche habe die Commission Rechnung getragen, insofern als der Beschlußfassung des Ausschusses eine gemeinsame vertrauliche Berathung mit Herzöglichem Consistorium vorangehen solle.

Was die Form des Paragraphen anlange, so habe sowohl der Vertreter der Regierung, wie er als Berichterstatter eine Fassung entworfen, die sich zunächst dadurch von einander unterschieden hätten, daß sein Entwurf ein besonderes Kirchengesetz vorgesehen habe. Diese Forderung habe die Commission aber fallen gelassen. Des Weiteren habe sie grundsätzlich versucht, sich möglichst an den Entwurf der Regierung anzuschließen, wie sie das auch beim Absatz 1 wörtlich gethan habe. Wünschenswerth sei es erschienen, 2 Abschnitte scharf von einander zu trennen, nämlich zunächst die Vorfrage klar zu stellen: „Ist der Fall der zwingenden Versekung überhaupt gegeben?“ Werde die Vorfrage bejaht, so solle der Geistliche doch auch die Möglichkeit der freien Stellenauswahl haben. Das habe zu anderer Formulierung geführt.

Schließlich sei noch hervorzuheben, daß nach dem Regierungsentwurfe die Rechtswirkung des Verlusts der Pfarrstelle nicht mit der Höchsten Verfügung eintreten solle, sondern an die Thatsache der endgültigen Weigerung des Geistlichen geknüpft sei, daß also die Höchste Verfügung nur declaratorische Wirkung haben solle. Dem habe die Commission nicht zustimmen können; sie sei vielmehr der Ansicht gewesen, daß der Rechtsverlust lediglich erst mit der Höchsten Verfügung einzutreten habe, m. a. W., daß dieser constitutive Wirkung beizumessen sei.

Am Schlusse seiner Ausführungen gab der Berichterstatter anheim, über die einzelnen Punkte des Antrages gesondert zu berathen.

Hiernächst kündigte der Herr Vorsitzende folgenden, vom Abgeordneten Böhm an erster Stelle unterschriebenen Antrag zum §. 11 des Entwurfs an:

Synode wolle beschließen:

Jeder ordentlichen Landessynode ist in den Mittheilungen über die Zustände und Verhältnisse der Landeskirche anzugeben, wie oft innerhalb der Zeit, auf welche sich die Mittheilungen beziehen, von den Bestimmungen des §. 11 Gebrauch gemacht ist.

Abgeordneter Böhm begründete den Antrag wie folgt:

Der Antrag bezwecke nicht, daß Namen genannt würden, sondern nur, daß im kirchlichen Interesse Aller Klarheit über die Tragweite des Gesetzes geschaffen werde. Die Behörde werde wohl auch so schon dem Antrage entsprechend verfahren. Er halte es aber für richtiger, wenn eine derartige Bestimmung in das Gesetz aufgenommen werde, schon mit Rücksicht darauf, daß die Behörde und mit ihr die Anschauungen wechselten.

Der Abgeordnete Böhme gab ferner anheim, die Berathung über den §. 11 wegen der vorgerückten Zeit heute abzubringen, wogegen Widerspruch aus der Versammlung nicht geltend gemacht wurde.

Der Herr Vorsitzende verlas sodann einen vom Abgeordneten Struve an erster Stelle unterschriebenen Antrag des Inhalts:

Synode wolle beschließen, an die Kirchenregierung das Ersuchen zu richten, der nächsten Synode, bezw. auch dem nächsten Landtage, eine Vorlage zu machen, nach welcher die Gesetze über das Ruheeinkommen der Geistlichen und der Wittwen- und Waisen-Versorgung dahin abgeändert werden,

daß bei Berechnung des Ruheeinkommens der Geistlichen, sowie der Pfarrwittwen- und Waisenbezüge der Miethwerth der in Frage kommenden Dienstwohnung den Zeitverhältnissen entsprechend erhöht wird.

Der Herr Vorsitzende bemerkte unter Zustimmung des Abgeordneten Struve, daß die von demselben zu Beginn der heutigen Sitzung gemachten Ausführungen wohl als Begründung des Antrages anzusehen sein dürften, überwies den Antrag den Abgeordneten Ketemeyer und Jeep zur Berichterstattung, bestimmte die nächste Sitzung auf Freitag, den 2. ds. Monats, Morgens 10 Uhr, setzte die Tagesordnung fest und schloß die Sitzung.

Gerhard, Gerichtsassessor,
prot. Secretär.

Sitzungsbericht 3

vom 2. Mai 1902.

Verhandlungen der durch Landesfürstliche Verordnung vom 6. v. M.
Nr. 15 berufenen außerordentlichen Landessynode.

Gegenwärtig: Die Abgeordneten der Synode ohne den Abgeordneten Schliephake und der unterzeichnete protokollführende Secretär.

Regierungsseitig: Wirklicher Geheimerath Dr. jur. Triepß; als Vertreter des Herzoglichen Consistoriums Consistorialpräsident Spies, Ober-Consistorialrath Dieff sowie die Consistorialräthe Generalsuperintendenten Moldenhauer und Dettmer.

Nach Verlesung eines Schriftworts durch den Abgeordneten Schumann, Verlesung und Genehmigung des Protokolls der gestrigen Sitzung und nachdem der Herr Geheimerath Dr. jur. Triepß Namens der Kirchenregierung die Zustimmung zu den zu §. 6 des Kirchengesetzentwurfs im Protokolle wiedergegebenen Ausführungen des Berichterstatters erklärt hatte,

setzte man — der Tagesordnung gemäß — fort

die Berathung des Entwurfs eines Kirchengesetzes, das Einkommen der Geistlichen der evangelisch-lutherischen Landeskirche betreffend — Anl. 6 und 7 —, und zwar bei §. 11 des Entwurfs nebst dem Commissionsantrage 19.

Der Herr Vorsitzende machte zunächst bekannt, daß zu Anlage 7 seitens der Pfründen-Commission noch ein Nachtrag eingegangen sei, welcher eine Abänderung des Commissionsantrages 21 enthalte.

Sodann ergriff das Wort

Herr Consistorialpräsident Spies: Das Herzogliche Consistorium sei der Ansicht, daß der §. 11 des Entwurfs in seinem jetzigen Wortlaute den an eine derartige Bestimmung (über Verseßbarkeit) zu stellenden Anforderungen schon deshalb nicht entspreche, weil die Bedingungen seiner Anwendbarkeit nicht genügend erörtert seien. Es heiße da einfach: „Die Kirchenregierung ist befugt, den Geistlichen nach Ablauf von 10 Jahren u. s. w. einmal während seiner ganzen Amtsdauer u. s. w. nach freiem Ermessen zu verseßen“, als ob es sich hier um eine Regel oder Vorschrift zu beliebiger Anwendung handle. Herzogliches Consistorium sei aber der Meinung, daß es sich hier nur um eine Ausnahmemaßregel handeln könne, und daß dies zum Ausdruck kommen müsse. Die Regel bleibe die alte, nach welcher der Geistliche schon nach der Consequenz des Pfründenrechts nicht verseßbar sei. In dieser Beziehung stehe Herzogliches Consistorium ganz auf dem Standpunkte eines bekannten und berühmten

Kirchenrechtslehrbuches, wo es heiße: „Das amtliche Verhältniß eines Geistlichen ist nicht mit jenem der bürgerlichen Beamten zu vergleichen, und engeknüpfte Bande der Liebe und des Vertrauens sollen nicht mit bürocratischer Willkür zerrissen werden, während andererseits das Recht der Kirchenbehörde, unter außerordentlichen Umständen einen Geistlichen auch wider seinen Wunsch zu versetzen, nicht bestritten werden kann“.

Redner habe deshalb auch persönlich in den gemeinschaftlichen Besprechungen mit dem Synodalausschuß die Aufnahme einer ausdrücklichen Bestimmung in das Gesetz anheim gegeben, wonach die Versetzung nur im kirchlichen Interesse der Gemeinden stattfinden solle. Dieser Gesichtspunkt sei in den Vordergrund zu stellen. Vergleiche er damit den Antrag der Commission, so habe er die Empfindung, als ob hinsichtlich der Schaffung von Cautelen, daß nur ja dem Geistlichen nicht zu nahe getreten werde, des Guten doch etwas zu viel gethan sei. Der Fassung der Commission werde man kaum seinen Beifall schenken können.

Die Versetzbarkeit der Geistlichen vertrage sich eigentlich nicht mit den Grundsätzen des strengen Pfründenrechts und sei früher nicht üblich gewesen. Im Jahre 1853 habe man Seitens der Eisenacher Kirchenconferenz diese Frage angerührt und darüber Nachrichten von den verschiedenen Kirchenregierungen eingezogen. Die Versetzbarkeit sei damals für Kurhessen, Nassau, Württemberg und Braunschweig anerkannt. Er nehme davon Abstand, die Gründe näher darzulegen, weshalb man damals hier zu Lande die Versetzbarkeit als zu Recht bestehend angesehen habe, da er diese Gründe in gewisser Hinsicht für recht ansehnlich halte, obgleich bedeutende Männer unserer Landeskirche, wie der Abt Hille und Ernesti diesen Grundsatz aufgestellt hätten. Nur eins sei hervorgehoben. Wenn hier damals als gemeines Recht bezeichnet werde, daß der Geistliche aus schwerwiegenden Gründen unfreiwillig versetzt werden könne, so sei dem nicht beizutreten. Gemeinrechtlich müsse vielmehr, wie bemerkt, an der Unversetzbarkeit des Geistlichen festgehalten werden. Später habe aber allerdings in der Gesetzgebung einer Reihe deutscher Länder sich insoweit eine Aenderung vollzogen, daß als Ausnahme die Versetzbarkeit zugelassen worden sei. Letztere sei in diesen Staaten theils direct gesetzlich eingeführt, theils habe man gesucht, sie durch indirecte Einwirkung zu erreichen. Directe Versetzbarkeit bestehe in Baden, Hessen und Anhalt.

Schon vorhin habe er erklärt, daß er von dem Commissionsvorschlage den Eindruck gehabt habe, daß den Geistlichen gegenüber zum Schaden der Gemeinden eine allzu große Schonung geübt werde. So erklärten sich dann die großen Umwege, auf denen nach dem Vorschlage der Commission die Versetzung der Geistlichen erreicht werden solle. Er könne sich nicht enthalten, zum Vergleiche auf die einfachen Bestimmungen hinzuweisen, mit welchen andere Staaten die gleichen Zwecke erreichten. So sei vor Allem in Baden durch Gesetz von 1886 (A. R. Bl. S. 686 im §. 4) bestimmt:

„Die Versetzung eines definitiv angestellten Geistlichen auf eine andere Stelle ist wider dessen Willen nur zulässig im Disciplinarweg, oder wenn besondere dringende Rücksichten des Dienstes die Entfernung eines Geistlichen von der Stelle nöthig erscheinen lassen.“

Darüber, ob diese Voraussetzungen vorliegen, entscheidet der Oberkirchenrath unter Zuziehung des Generalsynodalausschusses. Vor der Entscheidung ist dem Geistlichen vollständiges, auf Verlangen mündliches Gehör zu gewähren. . .“

Dies sei der einfache Weg, auf dem man in einem doch so liberalen Lande, wie Baden, zum Ziele gelangt sei.

Ähnliche gesetzliche Bestimmungen — Versetzung im Interesse des Dienstes — seien im Großherzogthum Hessen vorhanden, wo für das Verfahren auf das Verfahren nach dem Gesetze über Mißbrauch der Amtsgewalt verwiesen werde. Das Anhaltische maßgebende Gesetz sei das schon mehrfach bei den Verhandlungen angezogene von 1901. Auch dieses sei einfach gegen die Wege, die die Commission empfehle.

Aber Anhalt wie Baden stimmten in dem Hauptgrundsatz überein, daß die Versetzung von derselben Stelle ausgesprochen werde, von der aus die Versetzung erfolge, d. h. von der höchsten Stelle.

Vergleiche man damit die Einzelheiten des Commissionsantrages, so werde bestätigt, was er im Anfang gesagt habe. Es sei da zunächst ein sehr weitläufiges Verfahren hinsichtlich der gütlichen Versetzung vorgesehen. Die Folge sei eine große Unübersichtlichkeit des Vorschlages, der für die Handhabung große Schwierigkeiten bereiten würde. Der ganze Aufbau gehe nicht von der Voraussetzung aus, daß einfach der höchste Inhaber der Kirchengewalt versetze, sondern sehe eine Reihe von Entscheidungen zc. vor, die seines Erachtens besser hätten erspart werden können.

In Absatz 4 Ziff. 4 sei gesagt „... so hat Herzogliches Consistorium dem Geistlichen 3 Stellen zur Auswahl anzubieten. Lehnt er diese Stellen ab, oder giebt er innerhalb der ihm gesetzten Frist keine Erklärung ab ...“ Diese Fassung scheine darauf hinzudeuten, als wenn nothwendig die 3 Stellen auf ein Mal angeboten werden müßten. Das sei aber aus praktischen Gründen nicht durchzuführen, da es eine seltene Ausnahme sei, daß 3 Stellen zu gleicher Zeit vacant seien. Er gebe deshalb der Commission anheim, statt „Frist“ Fristen zu sagen.

In Absatz 5 werde der Fall erörtert, daß der Geistliche sich nicht gütlich versetzen lassen wolle. Um sich die Sache klar zu machen, müsse man den Antrag erst von Anfang an durchlesen; sonst würde man nicht ohne Weiteres den Absatz 5 auf Absatz 3 beziehen. Ferner sei im Absatz 5 gesagt, daß einer Zurückweisung der Weigerung des Geistlichen die Zustimmung des Synodalausschusses vorangehen solle. Um den Herren die Sicherheit zu geben, daß es Herzoglichem Consistorium fern liege, bürokratisch zu verfahren, so erkläre er damit, daß er selbst es gewesen sei, welcher die Mitwirkung des Synodalausschusses vorgeschlagen habe, aber in der Weise, daß in gemeinschaftlicher Berathung über die Weigerung entschieden werde. Man habe gestern die Gründe gehört, welche die Commission zu dem von ihr gewählten Verfahren bestimmt hätte. Für dieses werde ja allerdings auf ein Analogon beim Vocationsverfahren hingewiesen. Dieses Analogon sei in Wirklichkeit aber nicht so zutreffend, wie es auf den ersten Blick scheine. Bei der Mitwirkung des Synodalausschusses im Vocationsverfahren handle es sich darum, ob über die Verweigerung der Vocation eines Predigers Seitens einer Gemeinde, also über die negative Ausübung dieses Gemeinde-Rechts, durch anderweite Ergänzung der Vocation hinweggegangen werden solle. Bei der Versetzung eines Geistlichen handle es sich dagegen um die Handhabung eines Rechts, welches nach hiesigem von vorn herein nur der obersten Kirchengewalt zustehen könne. Daß hier der Synodalausschuß zu einem Gutachten herangezogen werde, sei zulässig und ganz natürlich; solle aber dessen Zustimmung erforderlich sein, so enthalte dies ein Vetorecht gegen die Versetzung und einen unzulässigen Eingriff in die Ausübung jenes Hoheitsrechts. Andere Analoga, die ebenso auf den vom Consistorium vorgeschlagenen Weg führen würden, erschienen dagegen zutreffender, z. B. das Analogon der Erhebung eines Disciplinarverfahrens gegen einen Geistlichen wegen Entlassung aus dem Amte, wo Consistorium und Synodalausschuß in gemeinschaftlicher Sitzung Beschluß faßten.

Bei den gemeinschaftlichen Berathungen mit der Commission habe er ferner geltend gemacht, daß diese Versetzungen möglichst auf vertraulichem Wege zu behandeln seien. Das sei aber bei einem schriftlichen Modus nicht möglich, wie solcher auch hinderlich sein würde zur Besprechung der Gründe. Von der Commission sei deshalb vorgeschlagen, daß zunächst eine vertrauliche Berathung stattfinden solle. Zu bemängeln sei, daß dieser dann aber eine getrennte Berathung und Beschlußfassung folgen würde. Er wolle nicht behaupten, daß die Commission sich von dem Motive habe leiten lassen, daß Herzogliches Consistorium in der Regel mit 6, der Synodalausschuß aber nur mit 5 Mitgliedern erscheine. Aber die Vermuthung liege nah, daß man an eine Majorisirung desselben durch das Consistorium

gedacht habe. Der richtigste Weg würde seiner Ansicht nach der sein, die Entscheidung der obersten Kirchengewalt zu überlassen und derselben einen gemeinschaftlichen Bericht des Synodalausschusses und des Consistoriums zu überenden. Die Geschäftsordnung des Consistoriums gebe damit zugleich dem Ausschusse vollständige Sicherheit dafür, daß er Höchsten Ortes gehört werde, da es der Minderheit frei stehe, ihre Auffassung in einem Separatvotum niederzulegen. Licht und Luft seien somit auch hier in gleicher Weise vertheilt, was aber nicht der Fall sei, wenn man den Commissionsweg einschlage.

Des Weiteren wolle er noch hervorheben, daß nach dem Standpunkte Herzoglichen Consistoriums von einer Zustimmung und Weigerung des Geistlichen in den im Absatz 5 und 6 geregelten Verfahren nicht mehr die Rede sein könne. Am wenigsten könne hier eine Zustimmung des Geistlichen fingirt werden, wenn der Geistliche, wie der Commissionsantrag in Absatz 6 annehme, die Zustimmung ausdrücklich abgelehnt habe.

Nach dem Vorschlage der Vertreter der Kirchenregierung bei der Commissionsberathung würden schließlich die Bestimmungen über die Rechtswirkungen des Verfahrens genau geordnet, und den Eigenthümlichkeiten des Pfarrrechts angepaßt sein. Eine derartige Regelung vermisse er in dem Entwurfe der Commission. Die Folge sei die, daß dem Geistlichen nach dem Inhalt der Commissionsvorschläge zwar schließlich die Rechte aus der Verleihung der neuen Stelle entzogen, aber das Recht aus der alten Stelle nirgend abgesprochen werde. Denn es wäre irrig, etwa anzunehmen, daß schon mit der Verleihung der neuen Stelle das Recht auf die alte untergehe.

Aus allen diesen Gründen sei Herzogliches Consistorium zu der Ueberzeugung gekommen, daß der §. 11 nach der Fassung der Commission als unmöglich oder doch als unanwendbar bezeichnet werden müsse, demgegenüber er darauf hinweisen müsse, daß doch zu viel auf dem Spiele stehe. Er lege der Versammlung dringend das kirchliche Interesse der Gemeinden ans Herz und überlasse ihr das Weitere.

Abgeordneter Kulemann: Der Herr Vorredner habe eine Anzahl von Punkten in die Debatte gezogen, die bislang in der Commission noch nicht erörtert seien. Er gebe nach diesen Ausführungen eventuell anheim, den §. 11 mit dem Antrage 19 an die Commission zurückzuverweisen. Zunächst wolle er einen Punkt aufklären, der wahrscheinlich auf einem Mißverständnisse beruhe. Die in Abs. 4 erwähnten 3 Stellen brauchten nicht auf ein Mal angeboten zu werden; das habe auch in der Ansicht der Commission nicht gelegen. Einer anderen Fassung würde in dieser Beziehung nichts im Wege stehen; vielleicht würde es aber genügen, wenn dieser Auffassung hier Ausdruck verliehen sei.

Redner begründet sodann noch einmal den Standpunkt der Commission hinsichtlich der Bestimmung über die Mitwirkung des Synodalausschusses und fährt fort: Der Herr Consistorialpräsident habe ferner bemängelt, daß die Zustimmung des Geistlichen fingirt werde. Das sei lediglich eine juristische Frage, die zu Bedenken keinen Anlaß geben, überdies auch, wenn sie beanstandet werden sollte, leicht beseitigt werden könne. Was schließlich die Rechtswirkungen des Verfahrens anlange, so würde seines Erachtens die rechtskräftige Versetzung den Verlust der alten Stelle bedeuten.

Herr Geheimerath Dr. jur. Triepß: Die Gegensätze, die sich bei diesem §. 11 geltend gemacht hätten, seien nicht sehr erheblich. Der Paragraph wurzele in den Verhandlungen über den Doppeltarif. Es sei bekannt, aus welchen Gründen Seitens der Kirchenregierung auf den Doppeltarif Werth gelegt sei; diese Gründe seien von der Synode anerkannt und demzufolge die beschränkte Versetzbarkeit des Geistlichen in rein kirchlichem Interesse gebilligt. An sich bestehe aber das Princip der Unversetzbarkeit noch immer. Der Antrag 19 sei offenbar unter einer mißverständlichen Grundanschauung entstanden; seiner jetzigen Fassung könne man, wie er offen bekennen müsse, nicht gerade viel Geschmack abgewinnen. Wesentlich sei darauf abgezielt, einen Niegel und noch einen Niegel vorzuschieben, damit dem Geistlichen

ja nicht zu nahe getreten werde. Darin liege das Uebel, daß hier zu weit gegangen sei. Man müsse daher anstreben, nach Möglichkeit eine einfachere Fassung anzustreben, damit der Paragraph nicht Gefahr laufe, illusorisch zu werden. Er habe sich nach dieser Richtung hin noch einmal bemüht, im thunlichsten Anschluß an den Commissionsentwurf eine andere Fassung zu entwerfen, die vielleicht allen Anforderungen genügen werde. Eine wesentliche Vereinfachung könne schon dadurch erzielt werden, daß man das Vorstadium ganz aus dem Paragraphen fortfallen lasse. Soweit die Mitwirkung des Ausschusses in Frage komme, so habe hier die Furcht vor einer Majorisirung den Ausschlag gegeben. Zu solchen Befürchtungen liege keines Erachtens kein Grund vor. Man möge sich nur an die Gesetzgebung halten. Solch gemeinschaftliches Collegium finde sich schon im Emeritirungs-Gesetze, das ganz auf den vorliegenden Fall passe. Derzeit seien keine Bedenken erhoben.

Redner hebt ferner hervor, daß bezüglich der Rechtswirkungen des Verfahrens unbedingt Klarheit geschaffen werden müsse, erklärt sich bereit, die von ihm formulirte Fassung der Commission zur Verfügung stellen zu wollen und schließt mit dem dringenden Wunsche, die Vorlage über den §. 11 nicht scheitern zu lassen.

Der Herr Vorsitzende bemerkt hierzu, daß es wohl am zweckmäßigsten sei, die Berathung über §. 11 abzubrechen und denselben an die Commission zurückzuverweisen.

Abgeordneter Zerbst hält diesen Vorschlag für sehr beachtenswerth, wünscht aber, daß vorher von beiden Seiten des Hauses zu den Ausführungen des Herrn Ministers Stellung genommen werde.

Abgeordneter Schumann: Abgesehen von der Mitwirkung des Ausschusses könne er dem Herrn Minister unbedenklich zustimmen. Er halte es nicht für eine große Beeinträchtigung der Rechte des höchsten Inhabers der Kirchengewalt, wenn die Stellung des Ausschusses so geregelt werde, wie der Commissionsantrag vorsehe.

In gleichem Sinne spricht sich der Abgeordnete Böhme aus, während die Abgeordneten v. Grone, v. Schwarz, Kunze und Rothe den Ausführungen des Herrn Geheimrath Triepß zustimmen.

Abgeordneter Römer möchte im Gesetze zum Ausdruck gebracht wissen, daß die Kirchen-Vorstände über das kirchliche Interesse der Gemeinden, in welchem doch nur eine Verletzung stattfinden solle, gehört würden.

Abgeordneter Wollemann wendet sich gegen eine derartige Mitwirkung des Kirchenvorstandes, die aus praktischen Gründen durchaus nicht zu billigen sei.

Hiernach ist die Berathung abgebrochen und der §. 11 mit dem Antrage 19 dem Vorschlage des Herrn Vorsitzenden entsprechend an die Commission zurückverwiesen.

§. 12 wird ohne weitere Debatte angenommen.

Zu §. 13 hat die Commission beantragt:

20. §. 13 Abs. 2 ist folgendermaßen zu fassen:

„Dieses Kirchengesetz tritt gleichzeitig mit dem hierneben erlassenen Staatsgesetze in Kraft.“

21. In §. 13 Abs. 2 ist hinzuzufügen:

„dasselbe findet mit Ausnahme der §§. 5, 6 und 8 auf

die Geistlichen der Stadt Braunschweig,

die Inhaber von Pfarrstellen, zu denen — einerlei ob unter der Mitwirkung der Kirchenregierung nach Ausstellung eines Reverses oder ohne einen solchen — durch andere Patrone, als durch geistliche Prälaten präsentirt wird,

die Inhaber von Gemeindevahlstellen,

die Collaboratoren

(siehe jedoch §. 2 Absatz 5 des hierneben erlassenen Staatsgesetzes)

keine Anwendung.

Auch werden durch dieses Gesetz nicht betroffen die Militärpfarrer, hinsichtlich deren es bei der Vereinbarung vom 12. April 1901 (Bekanntmachung vom 1. September 1901 *Nr.* 47) sein Bewenden behält“.

22. In §. 13 erhält der erste Absatz die Stelle als dritter.

Der Berichterstatter bemerkte hierzu, daß die Anträge 20 und 22 lediglich redactioneller Natur seien, daß der Antrag 21 auf einem Mißverständnisse seinerseits beruhe, insofern er geglaubt habe, daß ein Beschluß, der in der Commission erörtert sei, auch thatsächlich gefaßt sei, und daß an Stelle dieses Antrages Seitens der Commission folgender Antrag gestellt werde, welcher die Geistlichen der Stadt Braunschweig bedingungslos aus dem Rahmen des Gesetzes herauslasse:

In §. 13 Absatz 2 ist hinzuzufügen:

Dasselbe findet auf die Geistlichen der Stadt Braunschweig keine Anwendung. Auf die Inhaber von Pfarrstellen, zu denen — einerlei, ob unter Mitwirkung der Kirchenregierung nach Ausstellung eines Reverses oder ohne einen solchen — durch andere Patrone, als durch geistliche Prälaten präsentirt wird, sowie auf die Inhaber von Gemeindevahlstellen und die Collaboratoren (s. jedoch §. 2 Abs. 5 des hieneben erlassenen Staatsgesetzes) finden nur die §§. 5, 6, 8 und 11 Anwendung, und zwar der §. 11 mit der Maßgabe, daß die Versetzung nur mit Zustimmung des Patrons bzw. der wahlberechtigten Gemeinde zulässig ist.

Auch werden durch dieses Gesetz nicht betroffen die Militärpfarrer, hinsichtlich deren es bei der Vereinbarung vom 12. April 1901 (Bekanntmachung vom 1. September 1901 *Nr.* 47) sein Bewenden behält.

Herr Geheimerath Dr. jur. Trieps giebt anheim, in Zeile 6 des vorstehenden Antrages noch den §. 12 des Entwurfs mit anzuführen, damit Mißverständnissen vorgebeugt werde.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Schumann des Inhalts, ob §. 13 nur so lange in Kraft bleibe, als die Patronatsgeistlichen zc. in die Reform nicht mit einbezogen seien, erwidert der Berichterstatter, daß feststehenden Rechtsätzen gemäß jedes Gesetz so lange gelte, bis es aufgehoben werde, daß somit auch der §. 13 nur durch ein späteres Gesetz wieder aufgehoben werden könne.

Herr Geheimerath Dr. jur. Trieps meint, daß es vielleicht zweckmäßig sei, die Patronats- und Gemeindevahlstellen ganz aus dem Gesetze herauszulassen, damit nicht der späteren Entwicklung vorgegriffen werde.

Abgeordneter Billmann: Bei einem Vergleiche der von der vorigen Synode aufgestellten „Grundsätze“ mit dem vorliegenden Entwurfe werde den Herren Synodalen nicht entgangen sein, daß der Wortlaut des §. 7 jener Grundsätze nicht in das Kirchengesetz herübergenommen sei. Der §. 7 laute:

„Die Durchführung der neuen Gehaltsordnung erfolgt:

- a. bei denjenigen Pfarrstellen, deren Inhaber zur Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes eine höhere Pfründeneinnahme beziehen, als ihnen nach dem Tarif zukommen würde, erst dann, wenn die Stelle neu besetzt wird, sofern nicht der zeitige Stelleninhaber sofort nach Inkrafttreten des Gesetzes die Einbeziehung der Stelle beantragt;
- b. bei den übrigen sofort“.

Der Umstand, daß dieser Paragraph sich nicht im Entwurfe wiederfinde, habe es veranlaßt, daß nach ihm gewordenen Mittheilungen mehrfach von Geistlichen auf Pfarrstellen mit zu leistender Pfründenabgabe die Befürchtung gehegt werde, daß ihre Stellen nicht in das Gesetz mit einbezogen seien. Es seien das Geistliche, welche auf eine derartige Stelle

gegangen seien in der Hoffnung, sich vielleicht sofort um ein Geringes, später aber nach Ablauf der gesetzlichen 8 Jahre erheblich zu verbessern.

Nun sei aber ein Rückgang der Ackerpacht erfolgt und zwar so bedeutend, daß die betreffenden Pfarrinhaber längst nicht mehr so viel Einkommen bezögen, als ihnen nach ihrem Dienstalter dem Tarif gemäß zustehen würde. Hier trete dann die Befürchtung ein, daß sie nach dem neuen Gesetz damit getröstet werden sollten, daß es heißen würde: „später nach Wegfall der zu leistenden Pfründenabgabe holt ihr ja doch die vorliegende Differenz wieder nach“. Aber das gegenwärtige minus sei größer als das später erfolgende plus, und der einmal vorhandene Schaden werde nicht wieder gedeckt. Redner habe diese Befürchtungen in der Commission zur Sprache gebracht. Der Herr Consistorialpräsident habe die Commission sodann über die wirkliche Sachlage aufgeklärt und nachgewiesen, daß auch die genannte Kategorie von Pfarrinhabern dennoch der vollen Wohlthat des zu erlassenden neuen Gesetzes theilhaftig werden würde. Auf jeder neuen Dienstaltersstufe werde denselben das am Einkommen Fehlende durch Zuschuß ersetzt. Sie hätten also durchaus keinen Grund zu den geäußerten Befürchtungen.

Redner habe das hier lediglich zur Beruhigung der Gemüther constatiren wollen.

Herr Consistorialpräsident Spieß bestätigt die Ausführungen des Vorredners und bemerkt, daß die gegebene Aufklärung den Intentionen des neuen Gesetzes entspreche.

Herr Consistorialrath Moldenhauer wendet sich gegen den Antrag 21, insofern die Versetzung nur mit Zustimmung des Patrons bzw. der wahlberechtigten Gemeinde zulässig sein solle, da eine derartige Vorschrift seines Erachtens nur zum Schaden des kirchlichen Lebens gereichen würde.

Auf Anregung des Herrn Vorsitzenden wird auch §. 13 mit den dazu gestellten Anträgen an die Commission zurückverwiesen.

Bis zur endgültigen Erledigung des Gesetzentwurfs wurde sodann die Berathung über die Eingabe des Pastors Fischer in Lobmachersen hinsichtlich baldiger Einbeziehung der Patronats- und Gemeindevahlstellen in das neue Pfründenreformgesetz zc. — Sitzungsbericht 1 unter IV, 4 — auf die morgige Sitzung vertagt.

In der Tagesordnung fortfahrend, wandte man sich nunmehr

zu der Berathung über den Antrag des Abgeordneten Langerfeldt, die Wiederaufnahme der Verhandlungen wegen des neuen Gesangbuches betreffend.

Namens der Commission berichtet Abgeordneter Bollemaun über den Antrag und giebt die unveränderte Annahme desselben anheim, dabei zugleich folgende, gegebenen Falls zu berücksichtigende Wünsche der Commission vortragend:

- 1) In Anlage 28 (Prot. 10) der Drucksachen der 8. ordentlichen Landessynode sei unter I 1) nach dem Worte „aufzunehmen“ fortzufahren: „sowie die alttestamentlichen Textreihen des Eisenacher Perikopenbuches nach den Beschlüssen der 8. ordentlichen Landessynode“.
- 2) Es werde zur Erwägung verstellt, ob nicht — um eine größere Einheitlichkeit des Kirchengesanges herbeiführen zu helfen — das jüngst erschienene Choralbuch von Hille-Göttingen bei der erforderlichen Neubearbeitung und Ergänzung unseres Choralbuches zu Grunde gelegt werden könne.
- 3) Das Entstehungsjahr des Gesangbuches sei auf dem Titelblatte zu vermerken.
- 4) Bei Ausgaben mit Bildschmuck sei auf würdige künstlerische Gestaltung desselben zu halten.

Redner trägt ferner vor: Die Commission sei der festen Ueberzeugung, daß dieser neue Entwurf ein brauchbares Gesangbuch abgeben werde. Thunlichst seien alle Wünsche berücksichtigt und sei zu hoffen, daß sich das Gesangbuch würdig den Gesangbüchern anderer Landeskirchen an die Seite stellen könne.

Auf den im Antrage erwähnten 1. Theil des neu einzuführenden Gesangbuchs einzugehen, könne er sich ersparen. Der 2. Theil des Gesangbuchs werde nach dem Antrage so zu lauten haben, wie er entsprechend der Anlage 17 zu den Protokollen der 8. ordentlichen Landesynode mit dem im Bericht der liturgischen Commission vom 29. April 1901 (Anl. 28) enthaltenen Abänderungsvorschlägen in der Sitzung vom 7. Mai 1901 (cf. Protokoll 15 S. 61) beschlossen sei. Die daneben angenommenen Commissions- und Einzelanträge (Anl. 29 das. und Prot. 15) wolle er sich erlauben, hier nochmals mitzutheilen. Dieselben lauteten:

- 1) Es soll wenigstens eine Ausgabe mit Notendruck (über jedem Liede) hergestellt werden.
- 2) Die Seitenzahlen sollen an den untern Rand gesetzt werden, bei den Notenausgaben außerdem (wie im Gesangbuch für Elsaß-Lothringen) an den oberen Rand die Nummerzahlen.
- 3) Im alphabetischen Register sind für die Uebergangszeit den Nummern der Lieder auch die entsprechenden Nummern der im alten Gesangbuche nebst Anhang befindlichen Gesänge beizudrucken.
- 4) Herzöglichem Consistorium wird anheimgegeben, den Vertrieb des neuen Gesangbuchs (sei es durch Selbstverlag, sei es durch Commissionsverlag oder auf andere geeignete Weise) derart in die Hand zu nehmen, daß von den besseren Ausgaben ein möglichst hoher Ertrag für landeskirchliche Zwecke erzielt, die einfachste Ausgabe dagegen so billig wie möglich hergestellt werde. Ueber die Verwendung der Ueberschüsse wolle Hohe Kirchenregierung mit der Landesynode in ihrer nächsten Tagung Vereinbarung treffen.
- 5) Die Bezeichnung der Melodien möge durchweg der musikalischen Commission überlassen bleiben.
- 6) Dem neuen Gesangbuche ist eine Uebersicht über die Geschichte des Kirchenliedes nach dem Vorbild des Elsaß-Lothringer Gesangbuchs anzuhängen.
- 7) Denjenigen Liedern des Gesangbuchs, welche in Anschluß an bestimmte Bibelstellen gedichtet sind, sollen diese Bibelstellen vorgelegt werden.

Im Auftrage derselben Commission berichtet Johann Abgeordneter Hauswaldt über die Eingabe des Buchdruckereibesizers Kleucker in Firma Joh. Heinr. Meyer hieselbst in Betreff der Herausgabe des neuen Gesangbuchs — Prot. 1 unter IV, 5. —

Der Berichterstatter weist darauf hin, daß in den letzten Jahren in Folge der geplanten Einführung eines neuen Gesangbuchs fast gar keine Gesangbücher mehr gekauft seien, daß aber die genannte Firma, nachdem die Vorlage gescheitert sei, sich genöthigt gesehen habe, einen Neudruck zu veranstalten, von dem noch ca. 5500 Exemplare vorhanden seien, welche nun unbrauchbar werden würden. Die Commission sei der Ansicht, daß man aus diesem Grunde der Firma in gewisser Weise zu Hülfe kommen möge und gebe deshalb anheim,

„die Petition dem Ausschusse zur wohlwollenden Erwägung zu überweisen“.

Seitens der Commission habe er ferner noch bezüglich des mit der Verlagsbuchhandlung abzuschließenden Vertrages — ein Selbstverlag werde nicht empfohlen — folgende Wünsche auszusprechen, welche Herzöglichem Consistorium bezw. dem Synodalausschusse als Material überwiesen werden sollten:

- 1) Eine gut gebundene, auf gutem Papier in abgesetzter Schrift gedruckte Ausgabe soll für 1 M im Kleinhandel käuflich sein.
- 2) Für das Verlags- und Druckrecht soll möglichst eine Pauschalsumme von etwa 3000 M pro anno ausbedungen werden.

- 3) Für einen gewissen zu begrenzenden Zeitraum wird den Besitzern von alten Gesangbüchern vom Verlage die Möglichkeit geboten, entweder gegen Ablieferung des alten inneren Gesangbuches ohne Einband unter Zahlung von 25 \mathcal{M} ein neues Rohegemplar oder gegen Zuzahlung von 50 \mathcal{M} ein gebundenes neues Exemplar zu erhalten.
- 4) Da das neue Rohegemplar dem Verlage etwa 55 \mathcal{M} , das gebundene etwa 85 \mathcal{M} kostet, wird die bei dem Umtausch vom Verlage zugelegte Summe auf die Pauschalabgabe von 3000 \mathcal{M} p. a. so lange in Abzug gebracht, bis sie ausgeglichen ist.
- 5) Der Vertrag wird nur auf eine Reihe von Jahren, etwa 18 Jahre, geschlossen, damit man später wieder freie Hand hat.

Herr Consistorialrath Moldenhauer: Herzogliches Consistorium glaube Höchsten Ortes empfehlen zu können, daß der Synode eine neue Vorlage wegen Einführung eines neuen Gesangbuches unterbreitet werde, welche, soweit der Vordrath in Betracht komme, der dem Antrage des Abgeordneten Vangerfeldt beigelegten Anlage entsprechen würde; was das Kirchengesetz betreffe, so würde dasselbe nach den Beschlüssen der 8. ordentlichen Landessynode zu gestalten sein.

Redner glaube nicht, daß die ferner Seitens der Commission geäußerten Wünsche irgend welchen Bedenken unterliegen würden; im Einzelnen würden dieselben natürlich noch geprüft werden und dem Consistorium im Einvernehmen mit dem Ausschusse zur Entscheidung überlassen bleiben müssen. Er wolle Uebrigens noch darauf hinweisen, daß durch den bekannten Erlaß Herzoglichen Consistoriums vom vorigen Jahre eine Verpflichtung gegen die Firma Joh. Heinr. Meyer nicht entstanden sei. Dem Ermessen der erwähnten Organe müsse es daher vorbehalten werden, ob die jetzt angebotene Offerte annehmbar sei.

Abgeordneter Kunze: Er habe einen Wunsch bezüglich der äußeren Aufmachung des neuen Gesangbuches auszusprechen und hoffe, daß derselbe Berücksichtigung finden werde. Dieser Wunsch gehe dahin, daß man die Gesänge nicht wieder wie bisher drucken möge, sondern daß ein abgesetzter Druck angewendet werde, damit man jedes einzelne Lied auch als poetisches Gebilde erkennen könne.

Abgeordneter Böhme: Auch er hege einige Wünsche nach dieser Richtung hin und bitte gleichfalls denselben Beachtung schenken zu wollen. Zunächst möge ein Wettbewerb für künstlerische Ausgestaltung des Titelblattes ausgeschrieben werden; sodann möchten bei den Ausgaben, welche mit Vorsatzbildern versehen seien, nur künstlerisch werthvolle und künstlerisch ausgeführte Bilder mit besonderer Berücksichtigung der deutschen Kunst verwendet werden. Zum Theil enthielte das alte Gesangbuch so schlechte Bilder, daß man sich damit an dem Gemüthe des deutschen Volkes geradezu veründige. Auch würden Bilder in verkleinertem Maßstabe gebracht, wie z. B. das Abendmahl von Leonardo da Vinci, die sich an sich gar nicht zur Verkleinerung eigneten und auf diese Weise nicht die Wirkung hervorbrächten, welche ein solches Bild zu beanspruchen hätte.

Abgeordneter Schulz schließt sich den Ausführungen des Vorredners an und hält er des Weiteren für wünschenswerth, daß man sich betreffs der Melodien möglichst an das Militärgesangbuch anlehne, wie er denn auch voraussetze, daß das Choralbuch von Hille, welches ja nach den Vorschlägen der Commission gegebenen Falls Verwendung finden solle, hierauf Rücksicht genommen habe.

Herr Consistorialrath Moldenhauer erklärt, daß die Einzelheiten hinsichtlich der Ausgestaltung des neuen Gesangbuches den späteren Verhandlungen überlassen bleiben müßten.

Abgeordneter Willmann wünscht, daß in dem Choralmelodienbuch von Selmar Müller in Zukunft der ganze Satz der Melodie ausgedruckt werde.

Abgeordneter Kulemann spricht denen, die sich um das Zustandekommen des neuen Gesangbuches bemüht haben, insbesondere dem Landespredigerverein den Dank der Versammlung aus.

Abgeordneter Nothe dankt Namens der Synode denjenigen 4 Herren aus der Versammlung — die er wohl nicht mit Namen zu nennen brauche —, welche die Gesangbuchfrage zu einem gedeihlichen Ende geführt hätten.

Nach Schluß der Berathung wurden die seitens der Commission durch die Abgeordneten Wollemann und Hauswaldt gestellten Anträge in gesonderter Abstimmung angenommen.

Der Herr Vorsitzende setzt hiernach die nächste Sitzung auf Sonnabend, den 3. d. M. an, verkündet die Tagesordnung und schließt die Sitzung.

Gerhard, Gerichtsassessor,
prot. Secretär.

Sitzungsbericht 4

vom 3. Mai 1902.

Verhandlungen der durch Landesfürstliche Verordnung vom 6. v. M.
N. 15 berufenen außerordentlichen Landessynode.

Gegenwärtig: Die Abgeordneten der Synode ohne den Abgeordneten Schliephake und der unterzeichnete protokollführende Secretär.

Regierungsseitig: Wirklicher Geheimerath Dr. jur. Triepz; als Vertreter des Herzoglichen Consistoriums: Consistorialpräsident Spies, Ober-Consistorialrath Dieff und die Consistorialräthe Generalsuperintendenten Moldenhauer und Dettmer.

Nach Verlesung eines Schriftworts seitens des Abgeordneten Schumann wurde das Protokoll der gestrigen Sitzung verlesen und genehmigt, nachdem zuvor auf eine Anfrage des Abgeordneten Böhme des Inhalts, ob es zu eventueller Berücksichtigung genügen werde, wenn die in der gestrigen Sitzung hinsichtlich des neuen Gesangbuchs geäußerten Wünsche im Sitzungsberichte wiedergegeben würden, der Herr Vorsitzende erklärt hatte, daß solches seiner Ansicht nach ausreichend sei.

Der Tagesordnung entsprechend setzte man fort

die Berathung der §§. 11 und 13 des Entwurfs eines Kirchengesetzes, das Einkommen der Geistlichen der evangelisch-lutherischen Landeskirche betreffend, nebst den dazu gestellten Anträgen — Anl. 6, 7 und zu 7, Prot. 1 bis 3 —.

Bei Beginn der Verhandlungen erklärte Abgeordneter Böhme, daß er seinen zum §. 11 des Entwurfs gestellten Antrag — Sitz.-Ber. 2 S. 13 — damit zurückziehen wolle.

Namens der Commission führte sodann der Berichterstatter, Abgeordnete Rulmann, aus:

Da er in der gestrigen Sitzung die Erfahrung gemacht habe, daß mehr Werth auf die Form des §. 11, als auf seine Begründung gelegt werde, so wolle er sich heute kürzer fassen. Die entstandenen Differenzen hätten vorwiegend die beiden Punkte betroffen, einmal, wie das Verfahren zu gestalten sei, und sodann, ob gegebenen Falls der Synodalausschuß seine Zustimmung ertheilen oder eine gemeinschaftliche Berathung mit Herzoglichem Consistorium abhalten solle.

Was den ersteren Punkt anlange, so hätten sich bei den nochmaligen in der Zwischenzeit gepflogenen Verhandlungen die Vertreter der Kirchenregierung sachlich der Auffassung der Commission angeschlossen und lediglich den Wunsch nach einer knapperen Fassung ausgesprochen.

Hinsichtlich der zweiten Frage habe die Commission ihren Standpunkt fallen lassen müssen, da derselbe von den Vertretern der Kirchenregierung als unannehmbar bezeichnet worden sei, und weil die Commission nach der gestrigen Debatte geglaubt habe, die Vorlage nicht scheitern lassen zu dürfen. Die sonstigen Aenderungen seien nur redactioneller Natur.

Antrag 19 laute nunmehr folgendermaßen:

§. 11 erhält folgenden Wortlaut:

Ein Geistlicher der evangelisch-lutherischen Landeskirche kann nach Ablauf von zehn hinter einander auf derselben Pfarrstelle zugebrachten Dienstjahren ein Mal während seiner gesamten Amtsdauer innerhalb der evangelisch-lutherischen Landeskirche im kirchlichen Interesse seiner Gemeinde auf eine andere Pfarrstelle mit mindestens gleichem Einkommen versetzt werden. Die Berechnung des Einkommens erfolgt nach den in §. 6 getroffenen Bestimmungen.

Wenn Unser Herzogliches Consistorium eine Versetzung für erforderlich hält, der betreffende Geistliche damit aber nicht einverstanden ist, so ist die Frage der Nothwendigkeit einer Versetzung in einer gemeinschaftlichen Sitzung Unseres Herzoglichen Consistoriums und des Synodalausschusses zu entscheiden.

Ist die Nothwendigkeit anerkannt, so wird dem Geistlichen eine mindestens einjährige Frist gesetzt, um sich innerhalb derselben um eine der zur Besetzung gelangenden Stellen zu bewerben.

Läßt der Geistliche die Frist unbenutzt verstreichen, oder haben die von ihm vorgenommenen Meldungen keinen Erfolg, so wird er durch Unser Herzogliches Consistorium weiter aufgefordert, sich für eine von drei ihm zu bezeichnenden Stellen zu melden.

Lehnt er diese Stellen ab, oder giebt er innerhalb der ihm gesetzten Fristen keine Erklärung ab, so kann er von Uns auf Antrag Unseres Herzoglichen Consistoriums auch ohne seinen Antrag auf eine der drei ihm bezeichneten Pfarrstellen mit der rechtlichen Wirkung der Verleihung dieser Stelle versetzt werden.

Das Vocationsrecht der Gemeinde bleibt dabei vorbehalten.

Weigert sich der Geistliche, bei seiner Vocation oder Einführung in die ihm durch die Versetzungsverfügung verliehene Pfarrstelle mitzuwirken, so kann er durch Unsere Verfügung seiner bisherigen Pfarrstelle ausdrücklich für verlustig und zugleich die neue Verleihung für unwirksam erklärt werden.

Redner lege Gewicht darauf, hier ausdrücklich festzustellen, daß diese Fassung des §. 11, abgesehen von der Bestimmung über die Mitwirkung des Synodalausschusses, inhaltlich durchaus gleichwerthig sei dem gedruckten ursprünglichen Commissionsvorschlage, und daß es sich lediglich um eine abgekürzte Ausdrucksweise handle. Wenn diese seine Ausführung von keiner Seite Widerspruch finde, so werde es bei etwaigen künftigen Zweifeln über die Tragweite des §. 11 zulässig und werthvoll sein, die ursprüngliche Fassung zur Auslegung heranzuziehen.

Nachdem der Herr Geheimerath Dr. jur. Trieps sein volles Einverständniß zu der jetzigen Fassung des §. 11 ausgesprochen hatte, wurde der Antrag 19 genehmigt.

Abgeordneter Strube: Von Herzoglicher Kirchenregierung erbitte er sich bei dieser Gelegenheit Aufklärung über die Frage, wie es bei einer Zwangsversetzung mit dem dem Nachfolger im Amte zu erstattenden Umzugskosten gehalten werden solle. Bislang sei es Praxis gewesen, daß ein Geistlicher, der sich habe versetzen lassen, ohne pecuniären Vortheil davon zu haben, die Umzugskosten für seinen Nachfolger nicht habe zu bezahlen brauchen, vorausgesetzt, daß er 5 Jahre auf der betr. Stelle gewesen sei. Er setze voraus, daß bei einer Zwangsversetzung ebenso verfahren werde, da dieselbe doch keine Strafe sein solle. Es wäre doch nur billig, wenn der Geistliche von einer derartigen Verpflichtung befreit würde.

Sodann scheine es ihm nicht ganz klar zu sein hinsichtlich gewisser Versetzungsfälle, ob auch bei diesen die Bestimmungen des §. 11 als zutreffend anerkannt werden könnten. Wie sei es damit, wenn ein Geistlicher der an ihn ergangenen Aufforderung freiwillig Folge leiste? Wenn er auf diese Weise versetzt werde, so könne er doch nach §. 11 ein zweites Mal nicht versetzt werden!

Herr Consistorialpräsident Spies: Wenn die Verhältnisse so blieben, wie sie jetzt seien, so würde der Geistliche Umzugskosten für den Nachfolger dann nicht zu tragen haben, wenn er sich bei einer Versetzung nicht verbessere. Im Uebrigen lägen die Verhältnisse so, wie bei jeder Versetzung. Indessen sei die Sache nicht so schlimm. Unter Umständen würde Herzogliches Consistorium auch geneigt sein, mit der Pfarrvacanzkasse zu Hülfe zu kommen. Bestimmtere Erklärungen könne er aber nicht geben.

Abgeordneter Schumann ist der Ansicht, daß die Umzugskosten in Folge des neuen Pfründengesetzes für die Zukunft ganz in Fortfall kommen müßten.

Abgeordneter Rulmann: Auf die zweite Anfrage des Abgeordneten Strube sei noch keine Antwort ertheilt. Dieselbe gehe dahin, ob, wenn ein Geistlicher sich auf Anregung Herzoglichen Consistoriums freiwillig melde und dann versetzt werde, eine solche Anregung auch schon als Erfüllung des §. 11 anzusehen sei und derselbe später nicht mehr angewandt werden könne. Eine Klärung dieser Frage sei doch dringend wünschenswerth.

Abgeordneter Strube ist gleichfalls der Ansicht, daß in dieser Beziehung Klarheit geschaffen werden müsse. Wenn die Sache so liege, daß die Zuziehung des Synodalausschusses erst eine Zwangsversetzung bedinge, so werde jeder Geistliche sich weigern, sich freiwillig versetzen zu lassen, um sich nicht der Möglichkeit auszusetzen, noch einmal versetzt zu werden. Wenn der betreffende Geistliche vorsichtig sei, so werde er sagen: „Ja, ich will mich wohl versetzen lassen, aber nur, wenn Ihr mir erklärt: zum zweiten Male nicht wieder!“ Wenn ihm das nicht zugesichert werde, so werde er es stets auf die Mitwirkung des Synodalausschusses ankommen lassen; denn dann sei er gedeckt. Diesem Uebelstande werde man vielleicht dadurch abhelfen können, daß man sage, sobald auch nur auf Beschluß des Collegiums die Aufforderung an den Geistlichen ergangen sei, sich versetzen zu lassen, liege eine zwangsweise Versetzung vor.

Herr Consistorialrath Moldenhauer: Die freiwillige Versetzung gehöre nicht hierher; hier handle es sich nur um Versetzung wider Willen. Dem Abgeordneten Strube gegenüber wolle er bemerken, daß es doch sonderbar sein würde, wenn sich ein Geistlicher von solchen Gesichtspunkten, ob er klug thue oder nicht, leiten lassen würde.

Abgeordneter Perl: In der Folgezeit werde man zwei freiwillige Versetzungen zu unterscheiden haben, eine, die ganz freiwillig sei, und die andere, die auf Anregung Herzoglichen Consistoriums erfolge. Bezüglich dieser letzteren gelte die Frage, ob sie als im Sinne des §. 11 ausgeführt anzusehen sei, oder m. a. W., ob eine spätere Versetzung noch möglich sei.

Herr Geheimerath Dr. jur. Triepß: Das Verfahren des §. 11 gehe damit an, daß unter Bezugnahme auf §. 11 der Geistliche aufgefordert werde, sich versetzen zu lassen. Sei diese Aufforderung officiell erfolgt, so sei die dann eintretende Versetzung eine zwangsweise.

Abgeordneter Kulemann: Die Erklärung des Herrn Ministers habe ihn durchaus befriedigt. Derselbe grenze scharf ab zwischen solchen Verletzungen, die freiwillig oder zwar auf Anregung des Consistoriums eintreten, aber doch nicht in den Rahmen des Gesetzes fielen und solchen, welche unter officieller Bezugnahme auf §. 11 erfolgten. Uebrigens würde bei der ursprünglichen Fassung des Antrages 19 kein Zweifel obwalten können, denn da bedeute die Aufforderung Einleitung des Verfahrens.

Namens der Commission berichtet nunmehr Abgeordneter Kulemann über den gleichfalls an die Commission zurückverwiesenen §. 13 des Entwurfs nebst den hierzu gestellten Anträgen 20—22. Der Berichterstatter führte aus:

Der Herr Minister habe in der gestrigen Sitzung darauf aufmerksam gemacht, daß in dem veränderten Commissionsantrage 21 richtiger Weise auch der §. 12 auf die Inhaber von Patronats- und Gemeindevahlstellen in Anwendung zu bringen sei, während andererseits von Herzoglichem Consistorium erklärt sei, daß es die ursprüngliche Fassung des Antrages 21 vorziehe. Die Commission habe diesen Wünschen sehr gern Rechnung getragen; dieselben fänden wohl am zweckmäßigsten darin Ausdruck, daß in dem veränderten Antrage 21 in Zeile 6 statt Ziffer 11 Ziffer 12 gesetzt werde und in Zeile 7 und 8 die Worte „und zwar — zulässig ist“ gestrichen würden. Der Antrag 21 habe demnach folgenden Wortlaut:

In §. 13 Absatz 2 ist hinzuzufügen:

Dasselbe findet auf die Geistlichen der Stadt Braunschweig keine Anwendung. Auf die Inhaber von Pfarrstellen, zu denen — einerlei, ob unter Mitwirkung der Kirchenregierung nach Ausstellung eines Reverses oder ohne einen solchen — durch andere Patrone, als durch geistliche Prälaten präsentirt wird, sowie auf die Inhaber von Gemeindevahlstellen und die Collaboratoren (s. jedoch §. 2 Abs. 5 des hieneben erlassenen Staatsgesetzes) finden nur die §§. 5, 6, 8 und 12 Anwendung.

Auch werden durch dieses Gesetz nicht betroffen die Militärpfarrer, hinsichtlich deren es bei der Vereinbarung vom 12. April 1901 (Bekanntmachung vom 1. September 1901 *N.* 47) sein Bewenden behält.

Abgeordneter Pilmann hält diese Aenderung als dem Charakter des Gesetzes entsprechend.

Eine Anfrage des Abgeordneten Schumann, dahin gehend, ob die für die Patronatsgeistlichen zc. hier statuirte Ausnahme nur so lange in Kraft bleibe, bis die betr. Geistlichen in den Tarif einbezogen würden, beantwortet Herr Geheimerath Dr. jur. Trieps dahin, daß diese Annahme sachlich zutreffe.

Nach Schluß der Berathung wurden die Anträge 20, 21 und 22, wie auch der §. 13 mit den hierdurch bedingten Abänderungen angenommen.

Nachdem hiermit die Berathung des Gesekentwurfs zu Ende geführt war und der Herr Geheimerath Dr. jur. Trieps auf Anfrage des Herrn Vorsitzenden Namens Herzoglicher Kirchenregierung deren Einverständnis mit den bezüglich der Gesetzesvorlage gefaßten Beschlüssen der Synode ausgesprochen hatte, ist über das Gesetz als Ganzes abgestimmt und zu demselben die verfassungsmäßige Zustimmung ertheilt.

Herr Consistorialpräsident Spies: Er glaube die Gelegenheit ergreifen zu sollen, um zu sagen, daß, wenn man auch zuweilen anderer Meinung gewesen sei, Herzogliches Consistorium sich doch von Herzen freue, daß dieses Gesetz endlich zu einem glücklichen Ende geführt sei, und die Geistlichen des Landes zu diesem Fortschritte beglückwünsche.

Im Fortgange der Verhandlungen stellte der Berichterstatter Namens der Commission den Antrag:

Landessynode beschließt, für den Fall, daß an dem beschlossenen Kirchengesetze in Folge der noch erforderlichen weiteren Verhandlungen mit der Landes-

versammlung noch Aenderungen vorzunehmen sein würden, ihren Ausschuß mit der Wahrnehmung ihrer Rechte zu beauftragen.

Nachdem Herr Geheimerath Dr. jur. Trieps als Vertreter der Kirchenregierung sich mit diesem Antrage einverstanden erklärt hatte, wurde über denselben abgestimmt; der Antrag wurde angenommen.

Abgeordneter Kulemann berichtet sodann über die Petition des Pastors Fischer u. Gen., betr. baldige Einbeziehung der Patronats- und Gemeindevahlstellen in das neue Pfründenreformgesetz etc. — Prot. 1, IV —.

In der Petition ist an Herzogliche Kirchen- bezw. Landesregierung das Ersuchen gerichtet,

- 1) baldigst Schritte zu thun, welche die Einbeziehung der Patronats- und Gemeindevahlstellen in das neue Pfründen-Reform-Gesetz bezwecken, so daß eine dahin- gehende Vorlage, wenn irgend möglich, schon der nächsten ordentlichen Synode, bezw. einem der nächsten Landtage vorgelegt werden kann;
- 2) bis zum Inkrafttreten eines solchen Gesetzes den Inhabern von Patronats- oder Gemeindevahlstellen zu gestatten, auch ohne Revers um solche Pfarrstellen sich zu bewerben, zu denen vom Herzoglichen Consistorium präsentiert wird.

Der Berichterstatter hob hervor, daß die Commission kein Bedenken getragen habe, sich auf den Boden der Petition zu stellen und demnach anheimege,

die Petition Herzoglicher Kirchenregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Im persönlichen Interesse wolle er noch bemerken, daß der Vorwurf, der ihm früher gemacht sei, daß er nämlich eine Antipathie gegen die Patronatsgeistlichen hätte, durchaus unzutreffend sei. Seine Kritik habe sich derzeit nicht auf die Patronatsgeistlichen, sondern auf die Einrichtung des Patronatswesens bezogen.

Abgeordneter Willmann befürwortet dringend die Petition mit dem Bemerken, daß er schon mit einem entsprechenden Antrage im Landtage durchgedrungen sei.

Herr Consistorialpräsident Spies: Ueber den ersten Punkt der Petition wolle er sich nicht äußern, da hier wesentlich finanzielle Punkte maßgebend seien. Der zweite Theil der Eingabe, den Wegfall des Reverses betr., berühre eine Maßregel, die in ihrer Wirkung so eigenartig sei, daß er eine Erklärung hierüber sofort nicht abgeben könne.

Abgeordneter Jeep: Dem ersten Theil der Petition stimme er zu; dem zweiten stehe er sehr sceptisch gegenüber, und wolle er sich gegen denselben aussprechen, da durch dessen Annahme die Gefahr begründet wäre, daß die Patronatsgeistlichen übertreten und so die auf Anstellung wartenden Candidaten des Predigtamtes ganz bedeutend benachtheiligen würden.

Abgeordneter Herbst ist der Ansicht, daß die Befürchtungen des Vorredners übertrieben seien, da die Kirchenregierung es doch in der Hand habe, ob sie eine Bewerbung berücksichtigen wolle oder nicht. Er bitte daher, auch den zweiten Punkt der Petition anzunehmen.

Herr Geheimerath Dr. jur. Trieps: Der Wunsch der Patronatsgeistlichen sei ja ganz begreiflich und selbstverständlich müsse an diese Frage herangetreten werden. Wann das aber geschehen könne, ließe sich heute beim besten Willen noch nicht sagen. Die Vorarbeiten seien derartig schwierig und umfangreich, daß es sich kaum verwirklichen lasse, schon dem nächsten Landtage oder der nächsten Synode eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

Abgeordneter Schulz spricht sich für den ersten Theil der Petition aus, wendet sich aber gegen Annahme des zweiten, da sonst dem Hereinströmen der fremdländischen Candidaten Thür und Thor geöffnet sei.

Berichterstatter Abgeordneter Kulemann: Die vorgebrachten Bedenken führten nicht dahin, den zweiten Punkt abzulehnen. Wohl sei es dringend erwünscht, daß bei Zulassung der Patronatsgeistlichen sehr vorsichtig verfahren werde; aber die Frage, ob die Besetzung der

Patronatsstelle mit oder ohne Revers zu erfolgen habe, sei doch für die übrigen Geistlichen gleichgültig.

Abgeordneter Pöhlmann: Die Absicht der Petition gehe nicht dahin, daß nun ad infinitum zugestanden werden solle, daß die Patronatsstellen ohne Revers zu besetzen seien. Seinem im Landtage gestellten Antrage habe er dementsprechend auch ausdrücklich die Fassung gegeben, daß nur den zeitigen Inhabern der Patronatsstellen eine derartige Vergünstigung zu Theil werde.

Der Commissionsantrag wurde hiernach durch gesonderte Abstimmung über beide Punkte der Petition angenommen.

In Erledigung der Tagesordnung wandte man sich nunmehr zu der Berathung des Antrages des Abgeordneten Struve, die Erhöhung des Miethswerthes der Pfarrdienstwohnungen betr. — Sitz.-Ber. 2 —.

Namens der Commission trug der Berichterstatter, Abgeordnete Metemeyer, vor:

Die Commission sei zu ihrem Bedauern nicht in der Lage, den Antrag so zu beantworten, wie er gestellt sei. Der Werth der Wohnung sei in Zukunft für den Gehalt des Geistlichen ohne Einfluß; er habe nur noch Bedeutung, soweit es sich um das Ruhegehalt der Geistlichen und um die Pensionen der Wittwen und Waisen handle. Selbstverständlich habe er einen Einfluß auch insofern, als, wenn der Werth der Wohnung steige, auch die Höhe der Beiträge zur Pfarr-Wittwen-Versorgungs-Anstalt steigen würden.

Die Festsetzung des Werthes der Wohnung zu 150 M sei ja allerdings eine sehr niedrige, wie wohl keiner bestreiten werde. Er sei nun auf die Idee gekommen, daß diese Werthsbemessung auf einem Gesetze beruhe, habe jedoch hierfür einen Anhalt nicht gewinnen können. Im Kirchenrechtslehrbuche von v. Schmidt-Philfeld S. 316 finde sich zwar eine Stelle, wo gesagt sei:

„Das Diensteinkommen des Geistlichen soll unter Einrechnung der Wohnung zu 150 M nicht unter 2100 M betragen etc.“

Auf ein bestimmtes Gesetz werde hier aber nicht verwiesen.

Diese Fassung entspreche dem Landtagsabschied von 1883. Auch aus dem Einkommensteuergesetze von 1896, woselbst nur bestimmt sei, daß das Einkommen aus Dienstwohnungen nicht höher als mit 15 % des baaren Gehalts in Ansatz zu bringen sei, lasse sich ebensovienig wie aus dem Gemeindeabgabengesetze eine gesetzliche Feststellung des Werthes der Wohnung gewinnen.

Wie solle nun eine Aenderung herbeigeführt werden? Der vom Abgeordneten Struve vorgeschlagene Weg sei, wie Herr Struve wohl selbst zugeben werde, einmal nicht erforderlich, dann aber auch nicht rathsam. Nicht erforderlich um deswillen, als Herzoglichem Consistorium nicht nur das Recht zustehe, sondern auch die Pflicht obliege, die Pfarrkataster zu revidiren; dabei könne es eine Aenderung im Werthe der Wohnung vornehmen, wozu schon die Gesetze genügenden Anhalt bieten würden. Jener Weg sei aber auch nicht rathsam. Heute sei die Wohnung so viel Werth und morgen so viel. Ein klassisches Beispiel biete hierfür der Landtagsabschied von 1883, in welchem gesagt sei „unter Festsetzung des Miethwerthes der Wohnung auf 150 M“. Damals sei also dieser Betrag als angemessen angesehen, heute solle er erhöht werden. Tempora mutantur

Die Commission habe sich nun gesagt, daß das neue Pfründengesetz eine Revision der Pfarranschläge ganz unausbleiblich nach sich ziehen werde, und schlage deshalb vor, Herzoglicher Kirchenregierung anheimzugeben, bei Gelegenheit einer allgemeinen Revision der Pfarranschläge auf eine anderweite Bemessung des Werthes der Pfarrwohnungen Bedacht zu nehmen.

Abgeordneter Strube: Er sei dem Herrn Berichterstatter sehr dankbar für die juristische Belehrung; er wolle sich mit derselben, falls sie zutreffend sei, gern einverstanden erklären und zu Gunsten des Commissionsantrages seinen Antrag damit zurückziehen. Er habe nur beabsichtigt, diese Frage hier einmal anzuregen.

Herr Consistorialpräsident Spies: Er könne heute in dieser Beziehung eine Erklärung nicht abgeben; er wolle aber darauf aufmerksam machen, daß der Emeritirungsfonds zur Zeit nicht in der Lage sei, Gelder entbehren zu können.

Abgeordneter Perl bittet den Commissionsantrag anzunehmen, aber nur dahingehend, daß die Wohnungsansätze in Zukunft gleich bemessen würden.

Nach Schluß der Berathung tritt die Versammlung dem Commissionsantrage bei und beauftragte sodann

den Synodalausschuß, die nach den Beschlüssen der Synode noch erforderlichen Schreiben an die Kirchenregierung abzufassen, wie auch das Protokoll vom heutigen Tage festzustellen.

Der Herr Vorsitzende verliest hierauf ein Höchstes Rescript vom heutigen Tage, nach welchem die außerordentliche Landessynode geschlossen wird — Anl. 8.

Abgeordneter Jeep spricht dem Herrn Vorsitzenden für die bewährte Leitung der Verhandlungen den Dank der Synode aus.

Der Herr Vorsitzende dankt für diese Worte und schließt die Sitzung.

Gerhard, Gerichtsassessor,
prot. Secretair.

Protokoll 1.

Verhandlungen

der

durch Landesfürstliche Verordnung vom 6. d. Mts. N. 15
berufenen außerordentlichen Landessynode.

Geschehen im SitzungsSaale der
Landesversammlung zu Braunschweig am
29. April 1902, Vormittags 11³/₄ Uhr.

Zu der Eröffnung der durch Höchsten Erlaß vom 6. d. Mts. N. 15 auf heute einberufenen außerordentlichen Landessynode hatten sich als Regierungscommissar der Wirkliche Geheime Rath Dr. jur. Triepß in Begleitung des Regierungsassessors Dr. jur. Herbst, als Vertreter Herzoglichen Consistoriums Consistorialpräsident Spies, Ober-Consistorialrath Liefß und die Consistorialräthe Generalsuperintendenten Moldenhauer und Dettmer, ferner der unterzeichnete protocollführende Secretär, sowie die nachfolgend aufgeführten Abgeordneten eingefunden:

- 1) Bollmeier Heinrich Albrecht aus Dölme,
- 2) Holzhändler Friedrich Blanke aus Kl. Rhüden,
- 3) Pastor Böhm aus Käbfe,
- 4) Pastor Sen. rev. min. Degering von hier,
- 5) Generalleutnant z. D. v. Grone, Excellenz, aus Westerbrat,
- 6) Kaufmann Hermann Hauswaldt von hier,
- 7) Superintendent Jeep aus Holzminde,
- 8) Superintendent Robert Kellner aus Benzingenode,
- 9) Landgerichtsrath Willi Kulemann von hier,
- 10) Oberamtsrichter Kunze aus Salder,
- 11) Kreisdirector Langerfeldt von hier,
- 12) General- und Stadtsuperintendent Lerche von hier,
- 13) Cammer-Präsident Lüderßen von hier,

- 14) Forstmeister Müller aus Seesen,
 - 15) Gymnasialdirector Prof. Dr. Müller aus Blankenburg a. S.,
 - 16) Ackeremann Müller aus Watenstedt (Amt Schöningen),
 - 17) Pastor Perl aus Weierstedt,
 - 18) Pastor Pöhlmann aus Uehde bei Schöppenstedt,
 - 19) Pastor Dr. Pini von hier,
 - 20) Bürgermeister Ketemeyer von hier,
 - 21) Landwirth Römer aus Beddingen,
 - 22) Ackeremann und Gemeindevorsteher Röttger aus Dannhausen,
 - 23) Superintendent Nothe aus Lichtenberg,
 - 24) Superintendent Schulz aus Halle a. W.,
 - 25) Superintendent Schumann aus Zimmerlah,
 - 26) Amts Rath v. Schwarz aus Hessen,
 - 27) Rentner Heinrich Stichel aus Querenhorst,
 - 28) Pastor prim. Strube aus Greene,
 - 29) Stadtrath Willecke aus Königs-Lutter,
 - 30) Superintendent Wollemann aus Ostfaringen,
 - 31) Pastor Dr. Zerbst aus Gebhardshagen.
- Ackeremann August Schliephake aus Uehde war nicht erschienen.

I. Zunächst richtet der Regierungscommissar Wirkliche Geheime Rath Dr. jur. Triepß
 Anl. 1. die in Anlage 1 diesem Protokolle beigefügte Rede an die Versammlung und erklärt die außerordentliche Landes-Synode für eröffnet.

II. Nachdem die Vertreter der Kirchenregierung und des Herzoglichen Consistoriums hierauf den Sitzungs-saal verlassen hatten, schritt die Versammlung unter dem Voritze des Alterspräsidenten, Abgeordneten Blanke, zur Beamtenwahl.

Auf den Vorschlag des Abgeordneten Zerbst, als die Sr. Königl. Hoheit, dem Prinzen Albrecht von Preußen, Regenten des Herzogthums Braunschweig, zu dem Amte des Vorsitzenden und seines Stellvertreters zu präsentirenden Candidaten und zwar mittelst Zuzufs die Abgeordneten

- 1) Kreisdirector Langerfeldt von hier,
- 2) Superintendent Schumann aus Zimmerlah,
- 3) Landgerichtsrath Kulmann von hier,

zu wählen, wurden die Genannten, da sich Widerspruch aus der Versammlung gegen dieses
 Anl. 2. Verfahren nicht erhob, gewählt, worauf das Präsentations-schreiben — Anl. 2 — abgesandt ist.

In gleicher Weise sind sodann als Secrétaire die Abgeordneten v. Schwarz und Böhme gewählt.

III. Nach kurzer Unterbrechung wurde die Sitzung in Gegenwart des Regierungscommissars und der Mitglieder des Herzoglichen Consistoriums vom Herrn Alterspräsidenten wieder eröffnet und der Versammlung der Eingang eines Höchsten Rescripts vom heutigen

Tage — Anl. 3 — mitgetheilt, inhafts dessen der Abgeordnete Langerfeldt als Vorsitzender der Synode und der Abgeordnete Schumann als dessen Stellvertreter die Bestätigung erhalten haben. Anl. 3.

IV. Auf Aufforderung des Herrn Alterspräsidenten übernahm Abgeordneter Langerfeldt nunmehr den Vorsitz und theilte mit:

- 1) den Eingang eines Höchsten Erlasses vom 15. d. M. N. 1359 B, betreffend Benennung der Commissare der Kirchenregierung, sowie der Vertreter des Herzoglichen Consistoriums — Anl. 4, Anl. 4.
- 2) eines Schreibens des Herzoglichen Staats-Ministeriums vom 15. d. M. N. 1360 B, betreffend Beordnung eines protokollführenden Secretärs und eines Registratur- u. Beamten,

kündigte ferner den Eingang an:

- 3) eines Höchsten Rescripts vom 7. d. M. N. 1292 B bei Vorlegung des Entwurfs eines Kirchengesetzes, das Einkommen der Geistlichen der evang.-luth. Landeskirche betr. — Anl. 6, Anl. 6.

und machte schließlich bekannt, daß eingelaufen seien:

- 4) eine Eingabe des Pastors Fischer in Lobmachtersen im Namen und Auftrage von 42 Patronatsgeistlichen der Landeskirche, betr. baldige Einbeziehung der Patronats- und Gemeindevahlstellen in das neue Pründenreformgesetz und bis dahin, daß solches geschehen, Zulassung der Inhaber derartiger Stellen zur Bewerbung um solche Pfarrstellen, zu denen vom Herzoglichen Consistorium präsentirt wird,
- 5) eine Eingabe des Buchdruckereibesizers Kleuder in Firma Joh. Heinr. Meyer hieselbst in Betreff Herausgabe des neuen Gesangbuchs.

Der unter 3 genannte Entwurf des Kirchengesetzes ist der Pründen-Commission überwiesen, in welche auf Vorschlag des Abgeordneten Schumann mittelst Zuzufs ohne Widerspruch der Versammlung die Abgeordneten Langerfeldt, Kulemann, Pilmann, Struve und Zerkst gewählt werden.

Unter dem Vorstehe des stellvertretenden Herrn Präsidenten wurde hiernächst vom Abgeordneten Langerfeldt

V. folgender Antrag gestellt:

Landessynode wolle beschließen:

Die Landes-Synode richtet an die Herzogl. Kirchenregierung den Antrag, die Verhandlungen wegen der Einführung eines neuen Gesangbuchs für die evangelisch-lutherische Landeskirche des Herzogthums baldthunlichst wieder aufzunehmen und zwar mit dem Ausschusse der Landes-Synode, welcher ermächtigt ist, für den Fall,

daß der erste (Lieder-) Theil des neu einzuführenden Gesangbuchs den diesem Antrage als Anlagen beiliegenden Entwürfen entspricht, und daß bei der Feststellung des zweiten Theiles des Gesangbuchs, des Wortlautes des Kirchengesetzes und der in Frage kommenden Neußerlichkeiten diejenigen Beschlüsse Beachtung finden, welche in Beziehung hierauf von

der 8. ordentlichen Landes-Synode gelegentlich der ersten Berathung des ihr vorgelegt gewesenen Entwurfs in der 15. Sitzung vom 7. Mai 1901 gefaßt sind,

bei Feststellung des erforderlichen Kirchengesetzes und der Ausführung desselben die Rechte der Landes-Synode wahrzunehmen.

Der Antrag ist begründet und nach genügender Unterstützung einer Commission überwiesen, in welche, einem Antrage des Abgeordneten Pini zufolge, die Abgeordneten Hauswaldt, von Grone, Schumann, Röttger und Wolle mann durch Zufur gewählt sind.

Dieser Commission ist auch die oben unter 5 erwähnte Eingabe des Buchdruckereibesizers Kleuder, die Eingabe des Pastors Fischer dagegen (s. o. unter 4) der Psrüunden-Commission zur Vorprüfung überwiesen.

Der Herr Vorsitzende gab den gewählten Commissionen anheim, sofort mit ihren Berathungen zu beginnen, damit am kommenden Donnerstag die Versammlung den Bericht möglichst beider Commissionen entgegennehmen könne.

VI. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wendet sich Abgeordneter Kulemann gegen den Inhalt der bei dem feierlichen Gottesdienste am heutigen Morgen gehaltenen Predigt, indem er hervorhebt, daß es seines Erachtens nicht angebracht erscheine, wenn bei einer solchen Predigt der Geistliche sich in eine Polemik über kirchliche Anschauungen einlasse. Hierüber entspinnt sich eine kurze Debatte, in welcher Abgeordneter Jeep den Ausführungen des Vorredners entgegentritt und die von demselben geübte Kritik als ungerechtfertigt bezeichnet.

VII. Der Herr Vorsitzende bestimmte sodann die nächste Sitzung auf Donnerstag, den 1. Mai d. Js., verkündete die Tagesordnung und schloß die Sitzung.

Zur Beglaubigung:

C. Langerfeldt.

Gerichtsassessor Gerhard,
prot. Secretär.

Protokoll 2.

Verhandlungen

der

durch Landesfürstliche Verordnung vom 6. v. Mts. № 15
berufenen außerordentlichen Landessynode.

Geschehen im SitzungsSaale der
Landesversammlung zu Braunschweig am
1. Mai 1902, Vormittags 10¹/₄ Uhr.

Gegenwärtig: Die Abgeordneten der Synode ohne den Abgeordneten Schliephake,
und der unterzeichnete protokollführende Secretär.

Regierungsseitig: Wirklicher Geheimerath Dr. jur. Trieps; als Vertreter des
Herzogl. Consistoriums Consistorialpräsident Spies, Ober-Consistorialrath Liefß und die
Consistorialräthe Generalsuperintendenten Moldenhauer und Dettmer.

Nach Verlesung eines Schriftworts seitens des Abgeordneten Schumann wurde
das Protokoll der gestrigen Sitzung verlesen und vorbehältlich einer einem Wunsche des
Abgeordneten Jeep entsprechenden Ergänzung genehmigt.

I. Der Herr Vorsitzende machte sodann bekannt, daß er dem Abgeordneten
Schliephake für die Dauer der außerordentlichen Landessynode Urlaub erteilt habe,
worauf man, der Tagesordnung gemäß, eintrat

II. in die Verathung des Entwurfs eines Kirchengesetzes, das Einkommen der Geist-
lichen der evangelisch-lutherischen Landeskirche betreffend. — Anl. 6 — sowie der in Anl. 7 Anl. 7.
enthaltenen Commissionsanträge.

Nach einigen einleitenden Bemerkungen des Berichtstatters, Abgeordneten Kule-
mann, wurden Titel und Eingang des Gesetzes mit dem Commissionsantrage 1, ebenso
der §. 1 des Entwurfs mit dem Antrage 2 der Commission genehm gehalten.

Im Anschluß hieran erklärte Abgeordneter Strube, daß er sich für den Schluß der heutigen Sitzung die Stellung eines Antrages, die Erhöhung des Miethswerthes der Pfarrdienstwohnungen betr., vorbehalte.

Die §§. 2, 3, 4 und 5 des Entwurfs wurden mit den Commissionsanträgen 3—10 ohne weitere Debatte angenommen.

Zu §. 6 des Entwurfs und den Anträgen 11—16 der Commission hob der Berichterstatter, insbesondere zu dem Antrage 16 hervor, daß dieser Antrag auf einem Beschlusse der Landesversammlung beruhe. Man habe in der gemeinschaftlichen Berathung der Commission mit den Vertretern der Kirchenregierung die Tragweite dieser Vorschrift erwogen und sei übereinstimmend der Ansicht gewesen, daß derselben dadurch hinlänglich Genüge geleistet werde, daß der Geistliche, bevor er über die vorzunehmende Aenderung des Pfarrkatasters an Herzogliches Consistorium berichte, diese Aenderung dem Kirchenvorstande zur Begutachtung vorlege und dessen Beschluß seinem Berichte beifüge. Um keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß ein solches Verfahren der vorgeschlagenen Vorschrift entspreche, sei beschlossen, dieses ausdrücklich als übereinstimmende Auffassung der Landes-synode und der Kirchenregierung zu Protokoll feststellen zu lassen.

An die Ausführungen des Berichterstatters schließt sich eine längere Debatte, in deren Verlaufe Herr Geheime Rath Dr. jur. Trieps erklärt, daß er es als selbstverständlich ansehe, daß der Antrag 16 sich nur auf die künftige Feststellung des Pfarrkatasters beziehe.

Ein Widerspruch gegen diese Auffassung ist aus der Versammlung nicht erhoben.

Des Weiteren richtete Abgeordneter Perl an Herzogliches Consistorium das Ersuchen, bei demnächstigen Revisionen der Pfarranschläge genau prüfen zu wollen, ob überall da, wo die Liegenschaften einer Pfarre zu den Gemeinde-Abgaben herangezogen würden, hierzu auch eine Berechtigung der betr. Gemeinde vorliege,
und

verstellte im Anschluß daran zur Erwägung, ob es nicht zweckmäßig sei, die Bestimmungen des Gesetzes vom 10. December 1900 *M.* 64, betr. Abänderung des Gemeindeabgabengesetzes, im Amtsblatte der Geistlichen von Amtswegen bekannt zu machen.

Herr Consistorialpräsident Spies erwiderte, daß hinsichtlich der Prüfung der Pfarranschläge dem Wunsche des Vorredners Rechnung getragen werden würde, daß aber seines Erachtens auch bislang schon so verfahren sei, und erklärte ferner, daß die Frage bezüglich der Bekanntmachung des einschlägigen Gesetzes im Amtsblatte einer Erwägung unterzogen werden solle.

Nach Schluß der Berathung sind die Commissionsanträge einzeln zur Abstimmung verstellt.

Antrag 11 wurde angenommen, desgleichen der Antrag 12, nachdem der Herr Vorsitzende zur Vermeidung von Irrthümern unter ausdrücklicher Bestätigung des Berichterstatters darauf hingewiesen hatte, daß die von dem Antrage betroffenen Worte „von Schulämtern“ sich im §. 6 Abs. 2 Ziff. 3 des Entwurfs zwei Mal verzeichnet fänden, daß aber nur die an zweiter Stelle stehenden bezüglichen Worte gestrichen werden sollten.

Auch die Anträge 13, 14, 15 und 16 und sodann der §. 6 des Entwurfs mit diesen Abänderungen wurden genehm gehalten.

§. 7 des Entwurfs wurde ohne Weiteres genehmigt.

§. 8 daselbst mit den Commissionsanträgen 17 und 18 wurde nach eingehender Debatte, die sich namentlich über eine vom Abgeordneten Jeep gestellte Frage des Inhalts entspann, ob unter den im §. 8 Abs. 1 Satz 2 bezeichneten Geistlichen nur diejenigen zu verstehen seien, welche beide theologische Examina absolvirt hätten, angenommen.

Zu §. 9 des Entwurfs beantragte Abgeordneter Wollmann:

unter Ziffer 2 des §. 9 das Wort „spätestens“ zu streichen.

Die Versammlung trat dem Antrage bei und genehmigte sodann den §. 9 mit dieser Abänderung, wie auch den §. 10 des Entwurfs.

Der den §. 11 ersenkende Commissionsantrag 19 wurde vom Berichterstatter ausführlich begründet und von demselben anheim gegeben, über die einzelnen Punkte des Antrages gesondert zu beraten.

Hiernächst kündigte der Herr Vorsitzende folgenden, vom Abgeordneten Böhme an erster Stelle unterschriebenen Antrag zum §. 11 des Entwurfs an:

Synode wolle beschließen:

Jeder ordentlichen Landessynode ist in den Mittheilungen über die Zustände und Verhältnisse der Landeskirche anzugeben, wie oft innerhalb der Zeit, auf welche sich die Mittheilungen beziehen, von den Bestimmungen des §. 11 Gebrauch gemacht ist.

Der Abgeordnete Böhme begründete diesen Antrag und beantragte ferner, die Berathung über den §. 11 wegen der vorgerückten Zeit heute abubrechen, wogegen Widerspruch aus der Versammlung nicht geltend gemacht wurde.

Der Herr Vorsitzende verlas sodann einen vom Abgeordneten Strube an erster Stelle unterschriebenen Antrag des Inhalts:

Synode wolle beschließen, an die Kirchenregierung das Ersuchen zu richten, der nächsten Synode, bezw. auch dem nächsten Landtage, eine Vorlage zu machen, nach welcher die Geseze über das Ruheeinkommen der Geistlichen und der Wittwen- und Waisen-Versorgung dahin abgeändert werden,

daß bei Berechnung des Ruheeinkommens der Geistlichen, sowie der Pfarrwittwen- und Waisenbezüge der Miethwerth der in Frage kommenden Dienstwohnung den Zeitverhältnissen entsprechend erhöht wird.

Nachdem der Herr Vorsitzende diesen Antrag den Abgeordneten Metemeyer und Jeep zur Berichterstattung überwiesen, die nächste Sitzung auf Freitag, den 2. ds. Monats, Morgens 10 Uhr bestimmt und die Tagesordnung festgesetzt hatte, wurde die Sitzung geschlossen.

Zur Beglaubigung:

C. Langerfeldt.

Gerhard, Gerichtsassessor,
prot. Secretär.

Protokoll 3.

Verhandlungen

der

durch Landesfürstliche Verordnung vom 6. v. Mts. № 15
berufenen außerordentlichen Landessynode.

Geschehen im Sitzungsaaale der
Landesversammlung zu Braunschweig am
2. Mai 1902, Morgens 10¼ Uhr.

Gegenwärtig: Die Abgeordneten der Synode ohne den Abgeordneten Schliephake,
und der unterzeichnete protokollführende Secretär.

Regierungsseitig: Wirklicher Geheimerath Dr. jur. Trieps; als Vertreter des
Herzogl. Consistoriums Consistorialpräsident Spies, Ober-Consistorialrath Lieff sowie die
Consistorialräthe Generalsuperintendenten Moldenhauer und Dettmer.

Nach Verlesung eines Schriftworts durch den Abgeordneten Schumann, Verlesung
und Genehmigung des Protokolls und nachdem der Herr Geheimerath Dr. jur. Trieps Namens
der Kirchenregierung die Zustimmung zu den zu §. 6 des Kirchengesetzentwurfs im Protokolle
wiedergegebenen Ausführungen des Berichterstatters erklärt hatte,

setzte man — der Tagesordnung gemäß — fort

I. die Berathung des Entwurfs eines Kirchengesetzes, das Einkommen der Geistlichen
der evangelisch-lutherischen Landeskirche betreffend — Anl. 6 und 7 —, und zwar bei §. 11
des Entwurfs nebst dem Commissionsantrage 19.

Der Herr Vorsitzende machte zunächst bekannt, daß zu Anlage 7 seitens der Pfründen- Zu Anl. 7.
Commission noch ein Nachtrag eingegangen sei, welcher eine Abänderung des Commissions-
antrages 21 enthalte.

§. 11 mit dem Antrage 19 führte zu eingehenden Verhandlungen, in deren Verlaufe
der Herr Consistorialpräsident Spies unter ausführlicher Begründung hervorhob, daß der An-
trag 19 in seiner jetzigen Fassung Herzoglichem Consistorium unmöglich oder doch unanwendbar

erscheine, und Herr Geheimerath Dr. jur. Triepß erklärte, daß an dem Grundsätze der Unverfeßbarkeit der Geistlichen an sich auch in Zukunft festgehalten werden solle, und daß der §. 11 nur die Handhabe bieten solle, Ausnahmen in kirchlichem Interesse der Gemeinden eintreten zu lassen. Die Commission gehe offenbar von einer mißverständlichen Grundanschauung aus, welche zu dem Antrage 19 geführt habe. Redner habe sich am gestrigen Tage noch einmal bemüht, im thunlichsten Anschluß an den Commissionsantrag eine andere Fassung des §. 11 zu finden, die vielleicht allen Anforderungen genügen werde. Redner giebt einen kurzen Ueberblick über seine dahingehenden Vorschläge und schließt mit dem dringenden Wunsche, die Vorlage nicht über den §. 11 scheitern zu lassen. Nachdem auf Anregung des Abgeordneten Zerbst von verschiedenen Seiten zu den vom Regierungstische gefallenem Ausführungen Stellung genommen ist, wird auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden die weitere Berathung und Beschlußfassung über §. 11 ausgesetzt und derselbe mit dem Antrage 19 an die Pfründencommission zurückverwiesen.

Das gleiche Schicksal erlitt nach debattelloser Annahme des §. 12 des Entwurfs der §. 13 daselbst mit den Commissionsanträgen 20—22.

Bis zur endgültigen Erledigung des Gesekentwurfs wurde sodann die Berathung über die Eingabe des Pastors Fischer in Lobmachersen hinsichtlich baldiger Einbeziehung der Patronats- und Gemeindevahlstellen in das neue Pfründenreformgesetz *cc.* — Protokoll 1 unter IV, 4 — auf die morgige Sitzung vertagt.

In der Tagesordnung fortsetzend, wandte man sich

II, zu der Berathung über den Antrag des Abgeordneten Langerfeldt, die Wiederaufnahme der Verhandlungen wegen des neuen Gesangbuches betreffend.

Namens der Commission berichtet Abgeordneter Wollemann über den Antrag und giebt die unveränderte Annahme desselben anheim, dabei zugleich folgende, gegebenen Falls zu berücksichtigende Wünsche der Commission vortragend:

- 1) In Anlage 28 (Prot. 10) der Druckfachen der 8. ordentlichen Landessynode sei unter I 1) nach dem Worte „aufzunehmen“ fortzufahren: „sowie die alttestamentlichen Textreihen des Eisenacher Perikopenbuches nach den Beschlüssen der 8. ordentlichen Landessynode“.
- 2) Es werde zur Erwägung gestellt, ob nicht — um eine größere Einheitlichkeit des Kirchengefanges herbeiführen zu helfen — das jüngst erschienene Choralbuch von Hille-Göttingen bei der erforderlichen Neubearbeitung und Ergänzung unseres Choralbuches zu Grunde gelegt werden könne.
- 3) Das Entstehungsjahr des Gesangbuches sei auf dem Titelblatte zu vermerken.
- 4) Bei Ausgaben mit Bildschmuck sei auf würdige künstlerische Gestaltung desselben zu halten.

Im Auftrage derselben Commission berichtet sodann Abgeordneter Hauswaldt

III, über die Eingabe des Buchdruckereibesizers Kleucker in Firma Joh. Heinr. Meyer hieselbst in Betreff der Herausgabe des neuen Gesangbuches — Prot. 1 unter IV, 5. —

Der Berichterstatter beantragt, die Eingabe dem Ausschusse zu wohlwollender Erwägung zu überweisen und bringt sodann noch Vorschläge der Commission über Druck-

Verlag und Vertrieb u. des neuen Gesangbuches zur Sprache mit dem Bemerken, daß diese Vorschläge Herzoglichem Consistorium bezw. dem Synodalausschusse als Material überwiesen werden sollen.

An diese beiden Referate knüpft sich eine längere Debatte, in welcher Herr Consistorialrath Moldenhauer erklärt, daß Herzogliches Consistorium Höchsten Orts empfehlen zu können glaube, daß der Landessynode eine neue Vorlage bezüglich des Gesangbuches auf der Grundlage des Langerfeldt'schen Antrages unterbreitet werde.

Nachdem noch die Abgeordneten Kunze, Böhme, Schulz und Pillmann eine Reihe von Wünschen hinsichtlich des neuen Gesangbuches zum Ausdruck gebracht hatten, wird die Verathung geschlossen.

Die Anträge der Abgeordneten Wollemann und Hauswaldt werden sodann in gesonderter Abstimmung angenommen.

Der Herr Vorsitzende setzt hiernach die nächste Sitzung auf Sonnabend, den 3. d. M. an, verkündet die Tagesordnung und schließt die Sitzung.

Zur Beglaubigung:

C. Langerfeldt.

Gerhard, Gerichtsaffessor,
prot. Secretär.

Protokoll 4.

Verhandlungen

der

durch Landesfürstliche Verordnung vom 6. v. Mts. № 15
berufenen außerordentlichen Landessynode.

Gechehen im SitzungsSaale der
Landesversammlung zu Braunschweig am
3. Mai 1902, Morgens 10 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Gegenwärtig: Die Abgeordneten der Synode ohne den Abgeordneten Schliephake,
und der unterzeichnete protokollführende Sekretär.

Regierungsseitig: Wirklicher Geheimerath Dr. jur. Triepß; als Vertreter des
Herzoglichen Consistoriums: Consistorialpräsident Spies, Ober-Consistorialrath Löff,
sowie die Consistorialräthe Generalsuperintendenten Moldenhauer und Dettmer.

Nach Verlesung eines Schriftworts durch den Abgeordneten Schumann wurde das
Protokoll der gestrigen Sitzung verlesen und genehmigt, nachdem der Herr Vorsitzende auf
eine entsprechende Anfrage des Abgeordneten Böhme erklärt hatte, daß es gegebenen Falls
genügen werde, wenn die von einzelnen Abgeordneten in der gestrigen Sitzung hinsichtlich des
neuen Gesangbuchs geäußerten Wünsche im Sitzungsbericht wiedergegeben würden.

Darauf setzte man — der Tagesordnung gemäß — fort

I. Die Berathung der §§. 11 und 13 des Entwurfs eines Kirchengesetzes, das Ein-
kommen der Geistlichen der evangelisch-lutherischen Landeskirche betreffend, nebst den dazu
gestellten Anträgen — Anl. 6, 7 und zu 7, Prot. 1 bis 3 —.

Bei Beginn der Debatte erklärte Abgeordneter Böhme, daß er seinen zu §. 11
gestellten Zusatzantrag — Prot. 2 — damit zurückziehen wolle.

Der Berichterstatter, Abgeordneter Kulemann, führte sodann aus, daß die Commission nach nochmaligen eingehenden Verhandlungen mit den Vertretern der Kirchenregierung dem Antrage 19 eine andere Fassung gegeben habe, welche sich aber, wie er hier, um Zweifeln vorzubeugen, ausdrücklich Namens der Commission feststellen wolle, abgesehen von der Bestimmung über die Mitwirkung des Ausschusses, inhaltlich von der früheren Fassung nicht unterscheide. Der Antrag 19 laute nunmehr folgendermaßen:

§. 11 erhält folgenden Wortlaut:

Ein Geistlicher der evangelisch-lutherischen Landeskirche kann nach Ablauf von zehn hinter einander auf derselben Pfarrstelle zugebrachten Dienstjahren ein Mal während seiner gesamten Amtsdauer innerhalb der evangelisch-lutherischen Landeskirche im kirchlichen Interesse seiner Gemeinde auf eine andere Pfarrstelle mit mindestens gleichem Einkommen versetzt werden. Die Berechnung des Einkommens erfolgt nach den in §. 6 getroffenen Bestimmungen.

Wenn Unser Herzogliches Consistorium eine Versetzung für erforderlich hält, der betreffende Geistliche damit aber nicht einverstanden ist, so ist die Frage der Nothwendigkeit einer Versetzung in einer gemeinschaftlichen Sitzung Unseres Herzoglichen Consistoriums und des Synodalausschusses zu entscheiden.

Ist die Nothwendigkeit anerkannt, so wird dem Geistlichen eine mindestens einjährige Frist gesetzt, um sich innerhalb derselben um eine der zur Besetzung gelangenden Stellen zu bewerben.

Läßt der Geistliche die Frist unbenutzt verstreichen oder haben die von ihm vorgenommenen Meldungen keinen Erfolg, so wird er durch Unser Herzogliches Consistorium weiter aufgefordert, sich für eine von drei ihm zu bezeichnenden Stellen zu melden.

Lehnt er diese Stellen ab, oder giebt er innerhalb der ihm gesetzten Fristen keine Erklärung ab, so kann er von Uns auf Antrag Unseres Herzoglichen Consistoriums auch ohne seinen Antrag auf eine der drei ihm bezeichneten Pfarrstellen mit der rechtlichen Wirkung der Verleihung dieser Stelle versetzt werden.

Das Vocationsrecht der Gemeinde bleibt dabei vorbehalten.

Weigert sich der Geistliche, bei seiner Vocation oder Einführung in die ihm durch die Versetzungsverfügung verliehene Pfarrstelle mitzuwirken, so kann er durch Unsere Verfügung seiner bisherigen Pfarrstelle ausdrücklich für verlustig und zugleich die neue Verleihung für unwirksam erklärt werden.

Nachdem der Herr Geheimerath Dr. jur. Triepß sein volles Einverständniß zu diesem Antrage ausgesprochen hatte, wurde der Antrag 19 genehmigt.

Im Anschluß hieran erbat sich Abgeordneter Strube von den Vertretern der Kirchenregierung Aufklärung über die Frage, wie es bei einer Zwangsversetzung mit den dem Nachfolger im Amte zu erscheidenden Umzugskosten gehalten werden solle.

Herr Consistorialpräsident Spies erwiderte, daß der Geistliche, wenn die Verhältnisse so blieben, wie sie jetzt seien, Umzugskosten dann nicht zu tragen haben würde, wenn er sich nicht verbessere. Gegebenen Falls würde man auch geneigt sein, mit der Pfarrvacanzcasse zu Hülfe zu kommen. Bestimmtere Erklärungen könne er aber nicht abgeben.

Auf eine weitere vom Abgeordneten Kulemann wieder aufgenommene Anfrage des Abgeordneten Strube des Inhalts, ob die Bestimmungen des §. 11 auch dann als vorliegend zu erachten seien, wenn der Geistliche auf Anregung des Consistoriums sich freiwillig melde, bemerkte Herr Geheimerath Dr. jur. Trieps, daß das Verfahren nach §. 11 dann gegeben sei, wenn der Geistliche unter Bezugnahme auf §. 11 aufgefordert werde, sich versehen zu lassen. Sei diese Aufforderung officiell erfolgt, so sei sie eine zwangsweise.

II. Zu §. 13 trug der Berichterstatter vor, daß auch dem veränderten Antrage 21 Seitens der Commission mit Rücksicht auf die in der gestrigen Sitzung gemachten Anregungen eine andere Fassung gegeben sei. Der Antrag laute nunmehr, wie folgt:

In §. 13 Absatz 2 ist hinzuzufügen:

Dasselbe findet auf die Geistlichen der Stadt Braunschweig keine Anwendung. Auf die Inhaber von Pfarrstellen, zu denen — einerlei, ob unter Mitwirkung der Kirchenregierung nach Ausstellung eines Reverses oder ohne einen solchen — durch andere Patrone, als durch geistliche Prälaten präsentirt wird, sowie auf die Inhaber von Gemeindevahlstellen und die Collaboratoren (s. jedoch §. 2 Abs. 5 des hieneben erlassenen Staatsgesetzes) finden nur die §§. 5, 6, 8 und 12 Anwendung.

Auch werden durch dieses Gesetz nicht betroffen die Militairpfarrer, hinsichtlich deren es bei der Vereinbarung vom 12. April 1901 (Bekanntmachung vom 1. September 1901 *Az* 47) sein Bewenden behält.

Nach Schluß der Berathung wurden die Anträge 20, 21 und 22, wie auch der §. 13 mit den hierdurch bedingten Abänderungen angenommen.

Nachdem hiermit die Berathung des Gesetzentwurfs zu Ende geführt war und der Herr Geheimerath Dr. jur. Trieps auf Anfrage des Herrn Vorsitzenden Namens Herzoglicher Kirchenregierung deren Einverständnis mit den bezüglich der Gesetzesvorlage gefaßten Beschlüssen der Synode ausgesprochen hatte, ist über das Gesetz als Ganzes abgestimmt und zu demselben die verfassungsmäßige Zustimmung ertheilt.

III. Des Weiteren stellte der Berichterstatter Namens der Commission den Antrag: Landesynode beschließt, für den Fall, daß an dem beschlossenen Kirchengesetze in Folge der noch erforderlichen weiteren Verhandlungen mit der Landesversammlung noch Aenderungen vorzunehmen sein würden, ihren Ausschuß mit der Wahrnehmung ihrer Rechte zu beauftragen.

Nachdem Herr Geheimerath Dr. jur. Trieps als Vertreter der Kirchenregierung sich mit diesem Antrage einverstanden erklärt hatte, wurde über denselben abgestimmt; der Antrag wurde angenommen.

IV. Abgeordneter Kulemann berichtet sodann über die Petition des Pastors Fischer u. Gen., betr. baldige Einbeziehung der Patronats- und Gemeindewahlstellen in das neue Pfründenreformgesetz etc. — Prot. 1, IV —.

In der Petition ist an Herzogliche Kirchen- bezw. Landesregierung das Ersuchen gerichtet,

- 1) baldigst Schritte zu thun, welche die Einbeziehung der Patronats- und Gemeindewahlstellen in das neue Pfründen-Reform-Gesetz bezwecken, so daß eine dahin gehende Vorlage, wenn irgend möglich, schon der nächsten ordentlichen Synode, bezw. einem der nächsten Landtage vorgelegt werden kann;
- 2) bis zum Inkrafttreten eines solchen Gesetzes den Inhabern von Patronats- oder Gemeindewahlstellen zu gestatten, auch ohne Revers um solche Pfarrstellen sich zu bewerben, zu denen vom Herzoglichen Consistorium präsentirt wird.

Namens der Commission beantragt der Berichterstatter,

die Petition Herzoglicher Kirchenregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Nach längerer Debatte, im Verlauf derer Herr Geheimerrath Dr. jur. Trieps erklärte, daß diese Frage selbstverständlich geregelt werden müsse, daß er aber über den Zeitpunkt, wann hieran gedacht werden könne, eine Erklärung noch nicht abzugeben vermöge, wurde der Commissionsantrag durch gesonderte Abstimmung über beide Punkte der Petition angenommen.

In Erledigung der Tagesordnung wandte man sich nunmehr

V, zu der Berathung des Antrages des Abgeordneten Struve, die Erhöhung des Miethswerthes der Pfarrdienstwohnungen betr. — Prot. 2. —

Abgeordneter Ketemeyer berichtet über den Antrag und giebt Namens der Commission anheim:

Synode wolle beschließen:

Die Kirchenregierung zu ersuchen:

bei Gelegenheit einer allgemeinen Revision der Pfarranschläge auf eine anderweite Bemessung des Werthes der Pfarrwohnungen Bedacht zu nehmen.

Nach einer Erklärung des Abgeordneten Struve, daß er zu Gunsten dieses Antrages seinen Antrag zurückziehen wolle, tritt die Versammlung dem Commissionsantrage bei und beauftragt sodann

VI, den Synodalausschuß, die nach den Beschlüssen der Synode noch erforderlichen Schreiben an die Kirchenregierung abzufassen, wie auch das Protokoll vom heutigen Tage festzustellen.

VII. Der Herr Vorsitzende verliest hierauf ein Höchstes Rescript vom heutigen Anl. 8. Tage, nach welchem die außerordentliche Landessynode geschlossen wird — Anl. 8.

VIII. Abgeordneter Jeep spricht dem Herrn Vorsitzenden für die bewährte Leitung der Verhandlungen den Dank der Synode aus.

Der Herr Vorsitzende dankt für diese Worte und schließt die Sitzung.

Der Synodalausschuß hat auf Grund der erhaltenen Ermächtigung (s. vorst. unter VI) nachstehende Schreiben an die Kirchenregierung abgesandt:

- 1) betreffend den Antrag wegen Wiederaufnahme der Verhandlungen über ein neues Gesangbuch — Anl. 9, Anl. 9.
 - 2) betreffend den Entwurf eines Kirchengesetzes, das Einkommen der Geistlichen der evangelisch-lutherischen Landeskirche betreffend — Anl. 10, Anl. 10.
 - 3) betreffend den Antrag auf eine anderweite Bemessung des Werthes der Pfarrwohnungen — Anl. 11, Anl. 11.
- sowie dieses Protokoll festgestellt und wie folgt unterzeichnet:

C. Langerfeldt.

W. Kulemann.

W. Degering.

Pini.

E. Rothe.

Zur Beglaubigung:

Gerhard, Gerichtsaffessor,
prot. Secretair.

Anlage 1. (Prot. 1.)

Seine Königliche Hoheit, der Prinz Albrecht von Preußen, Regent des Herzogthums Braunschweig, haben gnädigst geruhet, mich zu beauftragen, diese außerordentliche Synode in Höchstdesselben Namen willkommen zu heißen.

Die Veranlassung Ihrer Berufung, meine hochgeehrten Herren, liegt, wie Ihnen bereits bekannt, in dem berechtigten Wunsche, die während der letzten Tagung der Landes-synode in Angriff genommene Reform des jetzigen Pfründensystems zu einem vorläufigen Abschlusse zu bringen.

Auf Grund der im vorigen Jahre erörterten Grundsätze sind die Entwürfe zu einem Staatsgesetze sowie zu einem Kirchengesetze über das Einkommen der Geistlichen der evangelisch-lutherischen Landeskirche ausgearbeitet worden. Nachdem das Erstere die verfassungsmäßige Zustimmung der Landesversammlung gefunden hat, handelt es sich auf der damit gewonnenen Grundlage noch um die Verabschiedung des Ihnen vorliegenden Kirchengesetzes. Mögen die Berathungen zu einem gleich günstigen Abschluß führen, um ein Resultat zu erreichen, das, indem es die allseits gewünschte Reform wesentlich fördert, mit seinen weiteren Folgen den Interessen der Landeskirche zu dauerndem Segen reichen kann.

Im Namen und im Auftrage Seiner Königlichen Hoheit erkläre ich diese außerordentliche Landessynode für eröffnet.

**Durchlauchtigster Prinz!
Gnädigster Prinz, Regent und Herr!**

Ihr Königlichcn Hoheit präsentirt die versammelte außerordentliche Landessynode, der Vorschrift des Gesetzes vom 31. Mai 1871 M. 34, §. 18 Abs. 2 entsprechend, zu dem Amte eines Vorsitzenden und dessen Stellvertreters die Abgeordneten

- 1) Kreisdirector Langerfeldt von hier,
- 2) Superintendent Schumann aus Timmerlah,
- 3) Landgerichtsrath Kulemann von hier,

mit dem unterthänigsten Ersuchen, einem derselben als Vorsitzenden und einem als dessen Stellvertreter die Landesfürstliche Bestätigung gnädigst ertheilen zu wollen.

In tiefster Ehrfurcht

Gw. Königlichcn Hoheit

Braunschweig,
den 29. April 1902.

unterthänigst = treu = gehorsamste
Landes - Synode.

Der Alters-Präsident.
Fr. Blanke.

Gerhard, Sec.-Aff.,
prot. Secretair.

**Albrecht, Prinz von Preußen zc., Regent des Herzogthums
Braunschweig.**

Wir wollen auf den Bericht vom heutigen Tage dem Abgeordneten zur
Landessynode

Kreis-Director Langerfeldt hier
als Vorsitzenden der außerordentlichen Landessynode
und dem Abgeordneten zur Landessynode

Superintendent Schumann aus Timmerlah
als dessen Stellvertreter

Unsere Bestätigung hiermit ertheilen.

Braunschweig, den 29. April 1902.

Auf Höchsten Special-Befehl.

Triepe.

An
die Landessynode.

Albrecht, Prinz von Preußen zc., Regent des Herzogthums
Braunschweig.

Wir setzen den Ausschuß der Landessynode davon in Kenntniß, daß Wir behuf Wahrnehmung der Zuständigkeit Unserer Kirchenregierung die stimmführenden Mitglieder Unseres Herzoglichen Staats-Ministeriums, insbesondere den mit Bearbeitung der Kultusangelegenheiten beauftragten Wirklichen Geheime Rath, als Commissare zur Theilnahme an den Verhandlungen der bevorstehenden außerordentlichen Landessynode abgeordnet haben.

Unser Herzogliches Consistorium wird durch den Consistorialpräsidenten Spieß, den Ober-Consistorialrath Vieff und die Consistorialräthe Generalsuperintendenten Moldenhauer und Dettmer vertreten sein, jedoch so, daß auch andere Mitglieder an der Vertretung Theil nehmen werden, sofern dies für die Verhandlungen rathsam erscheinen sollte.

Braunschweig, den 15. April 1902.

Auf Höchsten Special-Befehl.

Trieps.

An
den Ausschuß der Landessynode.

Den Ausschuß der Landessynode beehren wir uns davon in Kenntniß zu setzen, daß wir mit Höchster Genehmigung den Gerichtsassessor Gerhard hier mit den Geschäften eines protokollführenden Secretairs bei der bevorstehenden außerordentlichen Landessynode beauftragt haben. Mit der Wahrnehmung der Registraturgeschäfte einschließlich der Kassen- und Rechnungsführung während der Dauer dieser Synode ist der Registrator Eichhorn hier beauftragt. Gerhard und Eichhorn sind veranlaßt, sich dem Präsidium der Landessynode rechtzeitig zur Verfügung zu stellen.

zc. zc. zc.

Braunschweig, den 15. April 1902.

Herzoglich Braunschw.-Lüneb. Staats-Ministerium.

Triepß.

An
den Ausschuß der Landessynode.

Albrecht, Prinz von Preußen etc., Regent des Herzogthums Braunschweig.

Auf Grund der bei den vorjährigen Verhandlungen mit der Landessynode erörterten Grundsätze über eine Reform des Pfründensystems ist der Entwurf eines Kirchengesetzes und eines Staatsgesetzes, das Einkommen der Geistlichen der evangelisch-lutherischen Landeskirche betreffend, ausgearbeitet. Die Landesversammlung hat sich mit den in Unserem Auftrage vorgelegten Entwürfen bereits befaßt und hat dem Entwurfe des Staatsgesetzes die verfassungsmäßige Zustimmung ertheilt. Wegen der Verhandlungen verweisen Wir auf das beigelegte Druckemplantar.

Da nach Fertigstellung des jetzigen Entwurfes eines Kirchengesetzes über die Tragweite der zufolge Nr 10 der Grundsätze dem Synodal-Ausschusse ertheilten Ermächtigung zur Ertheilung der verfassungsmäßigen Zustimmung Zweifel entstanden, deren Berechtigung nicht zu beanstanden ist, so halten Wir es für angezeigt, die Zustimmung der Landessynode zu beantragen.

Wir lassen der Landessynode daher hierneben den Entwurf des Kirchengesetzes, das Einkommen der Geistlichen der evangelisch-lutherischen Landeskirche betreffend, zur Berathung und Beschlußfassung zugehen. Hinsichtlich der Begründung des Gesetzentwurfes nehmen Wir auf die beigelegende Vorlage an die Landesversammlung Bezug. Eine Abschrift des Staatsgesetzes, wie solches aus den Berathungen hervorgegangen, ist angegeschlossen.

Braunschweig, den 7. April 1902.

Auf Höchsten Special-Befehl.

Triebs.

Kirchengesetz,

das Einkommen der Geistlichen der evangelisch-lutherischen Landeskirche betreffend.

d. d.

Von Gottes Gnaden, Wir, Albrecht, Prinz von Preußen zc., Regent
des Herzogthums Braunschweig,

erlassen kraft der Uns zustehenden Kirchengewalt unter Beirath Unseres Herzoglichen Consistoriums und nach erfolgter Zustimmung des von der Landes-Synode ermächtigten Synodalausschusses, sowie unter Bezugnahme auf das hierneben erlassene Staatsgesetz vom heutigen Tage Nr. , das Einkommen der Geistlichen der evangelisch-lutherischen Landeskirche betreffend, das nachfolgende Kirchengesetz.

§. 1.

Die in einem Gemeinde = Pfarramte der evangelisch-lutherischen Landeskirche fest angestellten Geistlichen, deren Pfarrsitze innerhalb der Landesgrenzen belegen sind, erhalten außer Wohnung eine nach dem Dienstalter steigende Besoldung nach Maßgabe des folgenden Tarifs:

im 1. bis einschließlich		3. Dienstjahre	2400 M	jährliches Einkommen,
" 4.	" "	6.	" "	" 2700
" 7.	" "	9.	" "	" 3000
" 10.	" "	12.	" "	" 3300
" 13.	" "	15.	" "	" 3800
" 16.	" "	18.	" "	" 4300
" 19.	" "	21.	" "	" 4800
" 22.	" "	24.	" "	" 5300
" 25.	" "	27.	" "	" 5700
" 28. und folgende	Dienstjahre		6000	" " "

Ausgenommen sind:

- die Geistlichen der Stadt Braunschweig,
- die Inhaber von Pfarrstellen, zu denen — einerlei ob unter Mitwirkung der Kirchenregierung nach Ausstellung eines Reverjes oder ohne solchen — durch andere Patrone als durch geistliche Prälaten präsentiert wird,
- die Inhaber der Gemeindevahlstellen,
(siehe jedoch §. 2 Abs. 4 des hierneben erlassenen Staatsgesetzes)
- die Collaboratoren.

Auch werden von dieser Bestimmung nicht die Militärpfarrer betroffen, hinsichtlich deren es bei der Vereinbarung vom 12. April 1901 (Bekanntmachung vom 1. September 1901 *Nr.* 47) sein Bewenden hat.

§. 2.

Behuf der Durchführung dieser Neuordnung wird ein Pfarrbesoldungs-Fonds gebildet, dem durch das hierneben erlassene Staatsgesetz vom heutigen Tage *Nr.* die Rechte einer milden Stiftung beigelegt sind.

§. 3.

In den Pfarrbesoldungs-Fonds fließen:

1. die Ueberschüsse der Pfarreinkommen (vgl. §. 4),
2. die Zinsen und die Einkünfte der ihm gehörenden Capitalien und sonstigen Vermögensstücke,
3. die ihm durch Schenkung, letztwillige Verfügung oder in anderer Weise gemachten Zuwendungen.

§. 4.

Sobald eine Pfarrstelle nach dem Ausscheiden des jetzigen Inhabers neu besetzt wird, ist, falls das dem Geistlichen (vgl. §. 1) jeweilig aus der Pfründe zufließende Dienst-einkommen nach Maßgabe des vorschreitenden Dienstalters den im §. 1 bestimmten Satz übersteigt, der Mehrbetrag als Ueberschuß an den Pfarrbesoldungs-Fonds abzuführen und bei diesem zu vereinnahmen.

Während der Pfarrbalancen finden vorbehaltlich der Bestimmung in §. 9 *Nr.* 2 eine Ablieferung des Ueberschusses nicht statt; es behält in diesen Fällen bei den bisherigen Bestimmungen über die Verwendung der Ueberschüsse Pfarrbalanz-Cassen sein Bewenden.

§. 5.

Falls das Dienst Einkommen des Geistlichen (vgl. §. 1) den im §. 1 bestimmten Satz nicht erreicht, sind von dem Inkrafttreten dieses Gesetzes an bis zu dem Gehaltsjahre von 4800 *M.* einschließlich Zuschüsse zu leisten. Die Zahlung erfolgt aus der Kloster-Reinertrags-Casse nach Maßgabe des hierneben erlassenen Staatsgesetzes.

Demnächstiger, gesetzlicher Bestimmung bleibt der Zeitpunkt vorbehalten, zu welchem in voller Durchführung der Gehaltsordnung der Pfarrbesoldungs-Fonds nach Ansammlung der erforderlichen Mittel unter entsprechendem Zuschusse aus Staatsmitteln die Zahlung der erforderlichen Zuschüsse seinerseits zu übernehmen hat.

§. 6.

Für die Berechnung der Höhe des Dienst Einkommens ist das Pfarrkataster maßgebend, wie solches auf Grund des Kirchengesetzes vom 1. December 1882 *Nr.* 46 §. 11 von Unserem Herzoglichen Consistorium geführt wird.

Zu den reinen Einkünften der Pfarre und bei vereinigten Stellen der mehreren vereinigten Pfarren werden behuf Ermittlung des Dienst Einkommens hinzugerechnet:

1. Persönliche Zulagen, die dem Geistlichen mindestens für die Dauer seines Verbleibens in seiner derzeitigen Stellung bedingungslos freiwillig sind,

2. Stolzgebührenrenten, die der Pfarrstelle, wenn auch nur für die Dauer der Amtsführung des derzeitigen Inhabers, beigelegt sind, bis zu dem Zeitpunkte, in dem diese Renten an die ursprüngliche Stelle zurückfallen,

3. Einnahmen von Schulämtern und anderen Aemtern, wenn diese mit der Pfarrstelle dauernd verbunden sind; und inwieweit ausnahmsweise diese Einnahmen von Schulämtern nicht anzurechnen sind, bleibt der Entscheidung im Einzelfalle vorbehalten.

Dagegen sind die Einnahmen von kirchenregimentlichen Aemtern (General-Superintendenturen, Superintendenturen) nicht hinzuzurechnen.

Der ermittelte Gesamtbetrag des Dienst Einkommens wird behuf der Berechnung der Ueberschüsse auf eine durch zehn theilbare Marksumme nach unten abgerundet.

Die Festsetzung des Betrages des anschlagsmäßigen Einkommens der Pfarrstellen geschieht durch Unser Herzogliches Consistorium, das auch die Höhe der Ueberschüsse nach zuvor eingeholter Genehmigung Unseres Herzoglichen Staats-Ministeriums bestimmt.

§. 7.

Die Verpflichtung zur Abführung des Ueberschusses beginnt für den Geistlichen mit dem ersten Tage des Monats, in dem seine Einführung in das Pfarramt stattgefunden hat und dauert so lange, wie er das Einkommen dieser Stelle bezieht. Bei Versetzungen in ein anderes Pfarramt ist diese Bestimmung entsprechend anzuwenden.

§. 8.

Als Anfang der Dienstjahre gilt der erste Tag des Monats, in welchem die Einführung des Geistlichen in das erste von ihm bekleidete Pfarramt oder die erste ihm verliehene Collaboratur in einer Gemeinde des Herzogthums stattgefunden hat. Der darnach ermittelten Zahl von Dienstjahren werden die Jahre hinzugerechnet, während deren der Geistliche im Staatsdienste oder an öffentlichen Schulen innerhalb des Herzogthums oder im Dienste einer auswärtigen, evangelischen Landeskirche des Deutschen Reiches fest angestellt gewesen ist.

Unserem Ermessen bleibt überlassen, nach Anhörung Unseres Herzoglichen Consistoriums zu bestimmen, ob und unter welchen Bedingungen einem Geistlichen auch die Zeit hinzugerechnet werden soll, während deren er in anderen als den oben bezeichneten Stellungen als Geistlicher oder Lehrer gewirkt hat.

Wenn ein Geistlicher mit Unserer Genehmigung aus dem Dienste der Braunschweigischen Landeskirche in eine andere dienstliche Stellung übergegangen ist, wird ihm bei seinem etwaigen Rücktritt in den ersteren die Zwischenzeit in die Dienstjahre eingerechnet, die er nach der Einführung in das Pfarramt oder die Collaboratur oder während der nach Obigem den Dienstjahren hinzuzurechnenden Zeit im Militärdienste zuzubringen genöthigt gewesen ist.

§. 9.

Die Pflicht zur Abführung des Ueberschusses erlischt mit dem Verluste des Rechtes auf den Genuß der Pfründe, und zwar:

1. Bei Versetzung nach Maßgabe des §. 7 dieses Gesetzes,
2. beim Tode des Geistlichen mit dem letzten Tage des Sterbemonats; wenn und solange jedoch Gnadenhalbjahrsberechtigte sich im Genuße der Pfarrpfründe befinden, spätestens mit dem Ende des Gnadenhalbjahres,
3. bei der Emeritirung oder Verabschiedung mit dem letzten Tage des Monats, in dem der Geistliche aus dem Amte scheidet,
4. im Falle der Entlassung oder Absetzung mit dem letzten Tage des Monats, in dem das den Amtsverlust aussprechende Erkenntniß rechtskräftig wird.

§. 10.

Der staatlichen Regelung bleibt es überlassen, Bestimmungen zu treffen:

1. über die gesetzliche Vertretung und die Verwaltung des Pfarrbesoldungs-Fonds,
2. darüber, inwieweit der Rechtsweg gegen Entscheidungen der Kirchenbehörde über den Betrag des anschlagsmäßigen Einkommens der Pfarrstellen (vgl. §. 6) und über die Höhe der Ueberschüsse (vgl. §. 6 Abs. 5) auszuschließen oder zu beschränken ist,
3. darüber, ob und inwieweit die Abführung der Ueberschüsse der Vertreibung im Verwaltungs-zwangsverfahren unterliegt,
4. über die Beschränkungen der Verpfändung des Dienst Einkommens.

§. 11.

Die Kirchenregierung ist befugt, den Geistlichen nach Ablauf von zehn auf ein und derselben Stelle zugebrachten Dienstjahren einmal während seiner gesamten Amtsdauer innerhalb der evangelisch-lutherischen Landeskirche nach freiem Ermessen auf eine andere Stelle mit mindestens gleichem Einkommen zu versetzen. Eine etwaige Weigerung des Geistlichen hat, abgesehen von dem Verlust der bisherigen Pfarrstelle, die Unwirksamkeit der neuen Verleihung zur Folge.

§. 12.

Hinsichtlich der Pfründenabgabe zum Emeritirungs-Fonds bleiben die bisherigen Bestimmungen über die Höhe des gesetzlichen Mindesteinkommens unberührt.

§. 13.

Die erforderlichen Ausführungs-Bestimmungen werden im Verwaltungswege getroffen.
Dieses Kirchengesetz tritt am in Kraft.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigesdruckten Herzoglichen Geheimen-Canzlei-Siegels.

den

(L. S.)

G e s e t z,

das

Einkommen der Geistlichen der evangelisch-lutherischen Landeskirche betr.

d. d.

**Von Gottes Gnaden, Wir, Albrecht, Prinz von Preußen zc., Regent
des Herzogthums Braunschweig,**

erlassen mit Zustimmung der Landesversammlung das nachfolgende Gesetz:

§. 1.

Dem Pfarrbesoldungsfonds, der auf Grund des hierneben erlassenen Kirchengesetzes vom heutigen Tage Nr. , das Einkommen der Geistlichen der evangelisch-lutherischen Landeskirche betreffend, gebildet ist, stehen die Rechte einer juristischen Person und alle Rechte einer milden Stiftung zu.

Derselbe wird von Unserem Herzoglichen Consistorium als dessen gesetzlichem Vertreter activ und passiv vertreten und — unter Mitwirkung Unseres Herzogl. Finanz-Collegiums — verwaltet.

Die Buch- und Cassenföhrung wird der Herzogl. Haupt-Finanz-Casse übertragen, welche die Jahresrechnung Unserem Herzogl. Consistorium als der unmittelbaren Verwaltungsbehörde einreicht. Revision und Abnahme der Rechnung erfolgen bei Unserem Herzoglichen Finanz-Collegium.

Alle Verwaltungs- und Rechnungs-Angelegenheiten des Fonds werden von den dabei mitwirkenden Behörden kostenfrei besorgt.

Ueber den jeweiligen Stand des Pfarrbesoldungsfonds wird jedem ordentlichen Landtage Mittheilung gemacht.

§. 2.

Um die Durchführung der neuen Gehaltsordnung der Geistlichen zu fördern, wird den unter §. 1 des hierneben erlassenen Kirchengesetzes vom heutigen Tage *N^o* fallende Geistlichen der Betrag, um den ihr Dienst Einkommen nach Anrechnung etwa zurückfallende Stollgebührenrenten (§. 3) hinter dem in §. 1 dieses Kirchengesetzes bestimmten Gehaltsatz zurückbleibt, bis zu dem Einkommenssatze von 4800 M einschließlich als Zuschuß aus der Kloster-Reinertrags-Casse gezahlt. Die bisherigen Zuschüsse, die auf Grund des Landtags Abschiedes vom 21./27. December 1883 *N^o* 44 Art. 2 D 1 zur Ergänzung des Mindest-Einkommens und als Alterszulagen gezahlt sind, kommen in Fortfall.

Die Zahlung erfolgt in vierteljährlichen, im Voraus fälligen Theilbeträgen.

Demnächstiger Vereinbarung mit der Landesversammlung bleibt vorbehalten, die völlige Durchführung der neuen Gehaltsordnung weiter in der Weise vorzubereiten, daß Gehaltszuschüsse bis zum Einkommenssatze

von 5300 M vom 1. April 1904 an,

von 5700 M vom 1. April 1906 an und

von 6000 M vom 1. April 1908 an

gewährt werden.

Demnächstiger gesetzlicher Bestimmung bleibt der Zeitpunkt vorbehalten, zu welchem in voller Durchführung der Gehaltsordnung der Pfarrbesoldungsfonds nach Ansammlung der erforderlichen Mittel unter entsprechender Unterstützung aus der Kloster-Reinertrags-Casse an Stelle der letzteren die Zahlung der erforderlichen Zuschüsse seinerseits zu übernehmen hat.

Die Inhaber von Pfarrstellen, zu denen durch andere Patrone, als durch geistliche Prälaten, — einerlei ob unter Mitwirkung der Kirchenregierung nach Ausstellung eines Verfüges oder ohne solchen — oder durch wahlberechtigte Gemeinden präsentirt wird, sowie die Collaboratoren erhalten fortan zur Ergänzung des Mindest-Einkommens sowie zur Gewährung von Alterszulagen in gleicher Weise nach Maßgabe des bezeichneten Tarifes bis zu dem Einkommenssatze von 3000 M einschließlich Zuschüsse aus der Kloster-Reinertrags-Casse.

Während der Pfarrvakanz haben, wenn und so lange Gnadenhalbjahrs-Berechtigte sich im Genusse der Pfarrpfünde befinden, diese den Zuschuß nach Maßgabe derjenigen Einkünfte des letzten Pfarrinhabers zu empfangen, welche sie beziehen. Im Uebrigen werden während der Pfarrvakanz Zuschüsse nur insoweit gewährt, als sie zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen für die Pfarrvakanzcasse erforderlich sind.

Die Festsetzung des Betrages der Zuschüsse erfolgt auf Antrag Unseres Herzoglichen Consistoriums durch Unser Herzogliches Staats-Ministerium.

§. 3.

Bei den in die Neuordnung einbezogenen Pfarrstellen findet fortan weder eine Zulassung noch eine Abnahme von Stollgebührenrenten statt. Die bereits geschehenen Ueberweisungen kommen, insoweit es sich dabei auf beiden Seiten um in die Neuordnung einbezogene Stellen handelt, sofort, insoweit es sich auf der einen oder anderen Seite um eine nicht einbezogene Stelle handelt, mit der Erledigung der letzteren in Fortfall.

Soweit bei den einbezogenen Stellen nach dem Rückfall der Stolgebührenrente das Rein-Einkommen der ursprünglichen Stelle den im §. 1 des hierneben erlassenen Kirchengesetzes bestimmten Gehaltssatz übersteigt, ist der Ueberschuß an den Pfarrbesoldungsfonds abzuführen.

Für die nicht einbezogenen Pfarrstellen unter einander hat die Kirchenregierung auch fernerhin die Befugniß, die Stolgebührenrente von der Pfarrstelle abzutrennen und zur Aufbesserung einer oder mehrerer anderer Pfarrstellen zu verwenden, jedoch mit der Maßgabe, daß das Dienst Einkommen der Geistlichen außer der Wohnung durch die Abtrennung der Stolgebührenrente nicht unter 4500 M sinken und durch die Zulegung nicht über 3600 M steigen darf. Wird das Dienst Einkommen durch vorübergehende Umstände, insbesondere Zahlung der Pfründenabgabe zum Emeritirungsfonds, Abgabe eines Theiles der Pfarr-einkünfte an eine Pfarrwitwe und dergleichen, zeitweilig so geschmälert, daß die Abnahme der ganzen Stolgebührenrente oder eines Theiles unzulässig erscheint, so kann die Abtrennung bei der Verleihung der Stelle auf den Zeitpunkt des Aufhörens solcher Umstände vorbehalten werden. Das Gesetz vom 20. Mai 1886 Nr. 15 wird aufgehoben.

§. 4.

Die Ueberschüsse, die an den Pfarrbesoldungsfonds nach dem hierneben erlassenen Kirchengesetze (§. 4) abzuführen sind, unterliegen der Weitreibung durch Zwangsvollstreckung im Verwaltungswege.

§. 5.

Das Dienst Einkommen der Geistlichen kann nicht abgetreten, verpfändet oder sonst übertragen werden, soweit es der Pfändung nicht unterliegt.

§. 6.

Gegen die auf Grund des hierneben erlassenen Kirchengesetzes abgegebenen Entscheidungen über den Betrag des anschlagnmäßigen Einkommens der Pfarrstellen (vergl. §. 6 dieses Kirchengesetzes) und über die Höhe der Ueberschüsse (vergl. §. 6 Abs. 5 daselbst), sowie gegen die Festsetzung der Zuschüsse auf Grund dieses Gesetzes (§. 2) findet der Rechtsweg nicht statt.

§. 7.

Insofern den im hierneben erlassenen Kirchengesetze enthaltenen Vorschriften

- 1) über die Errichtung eines Pfarrbesoldungs-Fonds zur Durchführung der Neuordnung der Besoldungsverhältnisse der Geistlichen,
- 2) über die gesetzliche Verpflichtung der Geistlichen zur Abführung der Ueberschüsse ihrer Pfründen-Einnahmen nach Maßgabe des Besoldungs-Tarifes an den Pfarrbesoldungs-Fonds

vorhandene auf Landesrecht oder Gewohnheitsrecht beruhende Bestimmungen entgegenstehen, kommen diese letzteren nicht zur Anwendung.

§. 8.

Dieses Gesetz tritt zu dem durch Höchste Verordnung zu bestimmenden Zeitpunkte der Rückwirkung in Kraft, daß die im §. 2 vorgesehenen Zahlungen bereits vom 1. April 18. an geregelt werden.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigesetzten Herzoglichen Geheime Kanzlei Siegels.

den

(L. S.)

Anträge

der

Pfründen-Commission

zu dem

Entwurfe eines Kirchengesetzes, das Einkommen der Geistlichen der
evangelisch-lutherischen Landeskirche betreffend.

(Anl. 6)

-
1. Im Eingange des Gesetzes sind die Worte:
„des von“ und „ermächtigten Synodalausschusses“
zu streichen.
 2. In §. 1 sind die Absätze 2 und 3 zu streichen.
 3. Am Schlusse des §. 2 ist hinzuzufügen:
„Ueber den jeweiligen Stand des Pfarrbesoldungsfonds ist jeder ordentlichen
Landessynode Mittheilung zu machen.“
 4. In §. 4 ist der Zusatz „(vgl. §. 1)“ zu streichen.
 5. In §. 4 Abs. 2 ist statt „finden“ zu setzen „findet“.
 6. In §. 4 Abs. 2 ist vor dem Worte „Pfarrvacanzcassen“ einzufügen „der“.
 7. In §. 5 Abs. 1 ist der Zusatz „(vgl. §. 1)“ zu streichen.
 8. In §. 5 ist hinter „4800“ einzuschalten „bzw. 3000“.
 9. In §. 5 ist hinter dem ersten Satze folgender neuer Satz einzuschalten:
„Sollte demnächst eine Erhöhung des Zuschusses erfolgen, so tritt an Stelle
der Summe von 4800 M der danach sich ergebende Höchstbetrag.“
 10. Der Eingang des §. 5 Abs. 2 ist folgendermaßen zu fassen:
„Demnächstiger gesetzlicher Bestimmung bleibt die Entscheidung darüber vorbe-
halten, wann und in welcher Weise in voller Durchführung . . .“.

11. In §. 6 Abs. 2 ist der Satz unter Ziffer 1 zu streichen. Demgemäß ist statt Ziffer 2 Ziffer 1 und statt Ziffer 3 Ziffer 2 zu setzen.
12. In §. 6 Abs. 2 Ziffer 3 sind hinter „Einnahmen“ die Worte „von Schulämtern“ zu streichen.
13. In §. 6 Abs. 2 Ziffer 3 ist vor den Worten „und inwieweit“ einzuschalten „ob“.
14. In §. 6 Abs. 2 Ziffer 3 ist hinter den Worten: „verbunden sind“ einzuschalten: „sowie aus Vermächtnissen und Stiftungen“.
15. In §. 6 Abs. 3 ist hinter der Klammer einzuschalten:
„und Schulaufsichtsämtern“.
16. In §. 6 Abs. 5 ist hinter dem Worte „geschieht“ einzuschalten:
„unter Mitwirkung des Kirchenvorstandes“.
17. In §. 8 Abs. 3 ist hinter „eingerechnet“ ein Punkt zu setzen und dann fortzufahren:
„Ebenso wird die Zeit eingerechnet, die er“
18. In §. 8 Abs. 3 ist hinter den Worten „dienstliche Stellung“ einzuschalten:
„oder in den Dienst der Mission oder Diaspora“
19. §. 11 erhält folgende Fassung:
„Ein Geistlicher der evangelisch-lutherischen Landeskirche kann nach Ablauf von zehn hintereinander auf derselben Stelle zugebrachten Dienstjahren ein Mal während seiner gesammten Amtsdauer im kirchlichen Interesse seiner Gemeinde auf eine Stelle mit mindestens gleichem Einkommen versetzt werden. Die Berechnung des Einkommens erfolgt nach den in §. 6 getroffenen Bestimmungen.
Hält Herzogl. Consistorium die Versetzung für erforderlich, so hat es den Geistlichen aufzufordern, innerhalb eines Monats entweder seine Zustimmung zu erklären oder die Gründe seiner Weigerung anzugeben.
Erklärt der Geistliche seine Zustimmung oder giebt er keine Erklärung ab, so ist ihm eine Frist zu setzen, innerhalb deren er sich um eine der zur Besetzung gelangenden Stellen zu bewerben hat. Die Frist darf nicht unter einem Jahre betragen.
Läßt der Geistliche die Frist unbenuzt verstreichen oder hat die von ihm vorgenommene Meldung keinen Erfolg, so hat Herzogl. Consistorium dem Geistlichen 3 Stellen zur Auswahl anzubieten. Lehnt er diese Stellen ab, oder giebt er innerhalb der ihm gesetzten Frist keine Erklärung ab, so erfolgt die Versetzung auf eine der drei ihm angebotenen Stellen durch landesfürstliche Verfügung mit der rechtlichen Wirkung der Verleihung dieser Stelle. Die Bestimmungen über das Votationsrecht der Gemeinde bleiben unberührt.
Verweigert der Geistliche seine Zustimmung, so hat Herzogl. Consistorium über die Weigerung zu entscheiden. Soll die Weigerung zurückgewiesen werden, so bedarf es der Zustimmung des Synodalausschusses. Der Erklärung des Ausschusses soll eine gemeinsame vertrauliche Berathung mit Herzoglichem Consistorium vorangehen.“

Ist die Weigerung endgültig zurückgewiesen, so gilt die Zustimmung des Geistlichen als erfolgt und ist das in Absatz 3 und 4 vorgeschriebene weitere Verfahren einzuleiten.

Weigert sich der Geistliche, einer nach Absatz 4 bez. 6 verfügten Versetzung Folge zu leisten oder bei deren Durchführung in der gesetzlich erforderlichen Weise mitzuwirken, so kann er durch landesfürstliche Verfügung seiner Rechte aus der Verleihung verlustig erklärt werden.“

20. §. 13 Abs. 2 ist folgendermaßen zu fassen:

„Dieses Kirchengesetz tritt gleichzeitig mit dem hierneben erlassenen Staatsgesetze in Kraft“.

21. In §. 13 Abs. 2 ist hinzuzufügen:

„dasselbe findet mit Ausnahme der §§. 5, 6 und 8 auf

die Geistlichen der Stadt Braunschweig,

die Inhaber von Pfarrstellen, zu denen — einerlei ob unter der Mitwirkung der Kirchenregierung nach Ausstellung eines Reverses oder ohne einen solchen — durch andere Patrone, als durch geistliche Prälaten präsentirt wird,

die Inhaber von Gemeindevahlstellen,

die Collaboratoren

(siehe jedoch §. 2 Absatz 5 des hierneben erlassenen Staatsgesetzes)

keine Anwendung.

Auch werden durch dieses Gesetz nicht betroffen die Militärpfarrer, hinsichtlich deren es bei der Vereinbarung vom 12. April 1901 (Bekanntmachung vom 1. September 1901 M. 47) sein Bewenden behält“.

22. In §. 13 erhält der erste Absatz die Stelle als dritter.

Braunschweig, den 30. April 1902.

Die Pfründen-Commission.

C. Langerfeldt.

Struve.

Zerbst.

Pillmann.

W. Kulemann.

Veränderter Commissions-Antrag 21.

In §. 13 Absatz 2 ist hinzuzufügen:

Dasselbe findet auf die Geistlichen der Stadt Braunschweig keine Anwendung. Auf die Inhaber von Pfarrstellen, zu denen — einerlei, ob unter Mitwirkung der Kirchenregierung nach Ausstellung eines Reverses oder ohne einen solchen — durch andere Patrone, als durch geistliche Prälaten präsentiert wird, sowie auf die Inhaber von Gemeindevahlstellen und die Collaboratoren (s. jedoch §. 2 Absf. 5 des hieneben erlassenen Staatsgesetzes) finden nur die §§. 5, 6, 8 und 11 Anwendung, und zwar der §. 11 mit der Maßgabe, daß die Versetzung nur mit Zustimmung des Patrons bzw. der wahlberechtigten Gemeinde zulässig ist.

Auch werden durch dieses Gesetz nicht betroffen die Militairpfarrer, hinsichtlich deren es bei der Vereinbarung vom 12. April 1901 (Bekanntmachung vom 1. September 1901 *Nr.* 47) sein Bewenden behält.

**Albrecht, Prinz von Preußen zc., Regent des Herzogthums
Braunschweig.**

Nachdem die Geschäfte der außerordentlichen Landes-synode mit dem
heutigen Tage beendet worden sind, wollen Wir die Synode hiermit schließen.

Braunschweig, den 3. Mai 1902.

Auf Höchsten Special-Befehl.

Triepß.

An
die Landes-synode
hier.

**Durchlauchtigster Prinz!
Gnädigster Prinz, Regent und Herr!**

Ew. Königlichen Hoheit macht der Ausschuß der Landessynode die unterthänigste Anzeige, daß die Landessynode in ihrer Sitzung vom 2. d. M. an die Hohe Kirchenregierung den Antrag zu richten beschlossen hat, die Verhandlungen wegen der Einführung eines neuen Gesangbuches für die evangelisch-lutherische Landeskirche des Herzogthums baldthunlichst wieder aufzunehmen und zwar mit dem Ausschusse der Landessynode, welcher ermächtigt ist, für den Fall,

daß der erste (Vieder-) Theil des neu einzuführenden Gesangbuches den in den Anlagen beigegeführten Entwürfen entspricht, und daß bei der Feststellung des zweiten Theiles des Gesangbuches, des Wortlauts des Kirchengesezes und der in Frage kommenden Neußerlichkeiten diejenigen Beschlüsse, welche in Beziehung hierauf von der 8. ordentlichen Landessynode gelegentlich der ersten Berathung des ihr vorgelegt gewesenen Entwurfs in der 15. Sitzung vom 7. Mai 1901 gefaßt sind, sowie daß diejenigen Wünsche der von der außerordentlichen Landessynode eingesetzten Commission, welche in der 3. Sitzung vom 2. Mai 1902 vorgetragen sind (Protokoll 3 unter II, 1—4), thunlichste Beachtung finden,

bei Feststellung des erforderlichen Kirchengesezes und der Ausführung desselben die Rechte der Landessynode wahrzunehmen.

In tiefster Ehrfurcht

Ew. Königlichen Hoheit

Braunschweig,
6. Mai 1902.

unterthänigst = treu = gehorsamster
Ausschuß der Landessynode.

C. Langerfeldt.

**Durchlauchtigster Prinz!
Gnädigster Prinz, Regent und Herr!**

Ew. Königlichcn Hoheit macht der unterzeichnete Ausschuß, nachdem die Landessynode geschlossen ist, die unterthänigste Anzeige, daß die Landessynode den ihr durch Höchsten Erlaß vom 7. v. M. N. 1292 B vorgelegten Entwurf eines Kirchengesetzes, das Einkommen der Geistlichen der evangelisch-lutherischen Landeskirche betreffend, in ihren Sitzungen vom 1., 2. und 3. d. M. berathen und folgende Abänderungen beschlossen hat:

1. Im Eingange des Gesetzes sind die Worte:
„des von“ und „ermächtigten Synodalausschusses“
zu streichen.
2. In §. 1 sind die Absätze 2 und 3 zu streichen.
3. Am Schlusse des §. 2 ist hinzuzufügen:
„Ueber den jeweiligen Stand des Pfarrbesoldungsfonds ist jeder ordentlichen Landessynode Mittheilung zu machen.“
4. In §. 4 ist der Zusatz „(vgl. §. 1)“ zu streichen.
5. In §. 4 Abs. 2 ist statt „finden“ zu setzen „findet“.
6. In §. 4 Abs. 2 ist vor dem Worte „Pfarrvacanzcassen“ einzufügen „der“.
7. In §. 5 Abs. 1 ist der Zusatz „(vgl. §. 1)“ zu streichen.
8. In §. 5 ist hinter „4800“ einzuschalten „bzw. 3000“.
9. In §. 5 ist hinter dem ersten Satze folgender neuer Satz einzuschalten:
„Sollte demnächst eine Erhöhung des Zuschusses erfolgen, so tritt an Stelle der Summe von 4800 M der danach sich ergebende Höchstbetrag.“
10. Der Eingang des §. 5 Abs. 2 ist folgendermaßen zu fassen:
„Demnächstiger gesetzlicher Bestimmung bleibt die Entscheidung darüber vorbehalten, wann und in welcher Weise in voller Durchführung . . .“.
11. In §. 6 Abs. 2 ist der Satz unter Ziffer 1 zu streichen. Demgemäß ist statt Ziffer 2 Ziffer 1 und statt Ziffer 3 Ziffer 2 zu setzen.
12. In §. 6 Abs. 2 Ziffer 3 (nunmehr Ziffer 2) sind hinter „Einnahmen“ die Worte „von Schulämtern“ zu streichen,

13. 3 ist vor den Worten „und inwieweit“ einzuschalten „ob“,
und
14. ist hinter den Worten: „verbunden sind“ einzuschalten: „sowie aus Vermächtnissen und Stiftungen“.
15. In §. 6 Abs. 3 ist hinter der Klammer einzuschalten:
„und Schulaufsichtsämtern“.
16. In §. 6 Abs. 5 ist hinter dem Worte „geschieht“ einzuschalten:
„unter Mitwirkung des Kirchenvorstandes“.
17. In §. 8 Abs. 3 ist hinter „eingerechnet“ ein Punkt zu setzen und dann
fortzufahren:
„Ebenso wird die Zeit eingerechnet, die er“
18. In §. 8 Abs. 3 ist hinter den Worten „dienstliche Stellung“ einzuschalten:
„oder in den Dienst der Mission oder Diaspora“.
19. In §. 9 Ziffer 2 ist das Wort „spätestens“ zu streichen.
20. Der §. 11 erhält an Stelle des Entwurfs folgenden Wortlaut:

„Ein Geistlicher der evangelisch-lutherischen Landeskirche kann nach Ablauf von zehn hinter einander auf derselben Pfarrstelle zugebrachten Dienstjahren ein Mal während seiner gesamten Amtsdauer innerhalb der evangelisch-lutherischen Landeskirche im kirchlichen Interesse seiner Gemeinde auf eine andere Pfarrstelle mit mindestens gleichem Einkommen versetzt werden. Die Berechnung des Einkommens erfolgt nach den in §. 6 getroffenen Bestimmungen.“

Wenn Unser Herzogliches Consistorium eine Versetzung für erforderlich hält, der betreffende Geistliche damit aber nicht einverstanden ist, so ist die Frage der Nothwendigkeit einer Versetzung in einer gemeinschaftlichen Sitzung Unseres Herzoglichen Consistoriums und des Synodal-Ausschusses zu entscheiden.

Ist die Nothwendigkeit anerkannt, so wird dem Geistlichen eine mindestens einjährige Frist gesetzt, um sich innerhalb derselben um eine der zur Besetzung gelangenden Stellen zu bewerben.

Läßt der Geistliche die Frist unbenutzt verstreichen oder haben die von ihm vorgenommenen Meldungen keinen Erfolg, so wird er durch Unser Herzogliches Consistorium weiter aufgefordert, sich für eine von drei ihm zu bezeichnenden Stellen zu melden.

Lehnt er diese Stellen ab oder giebt er innerhalb der ihm gesetzten Fristen keine Erklärung ab, so kann er von Uns auf Antrag Unseres Herzoglichen Consistoriums auch ohne seinen Antrag auf eine der drei ihm bezeichneten Pfarrstellen mit der rechtlichen Wirkung der Verleihung dieser Stelle versetzt werden. Das Vocationsrecht der Gemeinde bleibt dabei vorbehalten.

Weigert sich der Geistliche, bei seiner Vocation oder Einführung in die ihm durch die Versetzungsverfügung verliehene Pfarrstelle mitzuwirken, so kann er durch Unsere Verfügung seiner bisherigen Pfarrstelle ausdrücklich für verlustig und zugleich die neue Verleihung für unwirksam erklärt werden“.

21. §. 13 erhält folgenden Wortlaut:

„Dieses Kirchengesetz tritt gleichzeitig mit dem hierneben erlassenen Staatsgesetze in Kraft.

Dasselbe findet auf die Geistlichen der Stadt Braunschweig keine Anwendung. Auf die Inhaber von Pfarrstellen, zu denen — einerlei, ob unter Mitwirkung der Kirchenregierung nach Ausstellung eines Reverses oder ohne einen solchen — durch andere Patrone, als durch geistliche Prälaten präsentirt wird, sowie auf die Inhaber von Gemeindevahlstellen und die Collaboratoren (s. jedoch §. 2 Abs. 5 des hieneben erlassenen Staatsgesetzes) finden nur die §§. 5, 6, 8 und 12 Anwendung.

Auch werden durch dieses Gesetz nicht betroffen die Militairpfarrer, hinsichtlich deren es bei der Vereinbarung vom 12. April 1901 (Bekanntmachung vom 1. September 1901 Nr. 47) sein Bewenden behält.

Die erforderlichen Ausführungsbestimmungen werden im Verwaltungswege getroffen.“

Nachdem der Herr Vertreter der Herzoglichen Kirchenregierung das Einverständniß derselben mit den vorstehenden Abänderungen des Entwurfs erklärt hatte, ist sodann dem Gesetz als Ganzem von der Landesynode die verfassungsmäßige Zustimmung ertheilt worden.

Des Weiteren hat dieselbe für den Fall, daß an dem beschlossenen Kirchengesetze in Folge der noch erforderlichen weiteren Verhandlungen mit der Landesversammlung noch Aenderungen vorzunehmen sein würden, den unterzeichneten Ausschuß mit der Wahrnehmung der Rechte der Landesynode beauftragt,

und

ferner beschlossen, die hieneben unterthänigst überreichte Eingabe des Pastors Fischer und Gen. vom 26. vor. Mts. der Herzogl. Kirchenregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Zur Begründung der vorstehenden Beschlüsse gestatten wir uns auf die Verhandlungen der bezeichneten Sitzungen, an welchen ein Vertreter der Herzoglichen Kirchenregierung und Herzogliches Consistorium theilgenommen hat, sowie auf den erstatteten Commissionsbericht Bezug zu nehmen.

In tiefster Ehrfurcht

Ew. Königlichen Hoheit

Braunschweig,
den 12. Mai 1902.

unterthänigst = treu = gehorsamster
Ausschuß der Landesynode.

C. Langerfeldt.

Durchlauchtigster Prinz!
Gnädigster Prinz, Regent und Herr!

Euer Königlichcn Hoheit beehren wir uns die unterthänigste Mittheilung zu machen, daß die versammelt gewesene außerordentliche Landessynode auf einen aus ihrer Mitte gestellten Antrag in ihrer Sitzung vom 3. d. Mts. beschlossen hat,

Hohe Kirchenregierung zu ersuchen, bei Gelegenheit einer allgemeinen Revision der Pfarranschläge auf eine anderweite Bemessung des Werthes der Pfarrwohnungen Bedacht zu nehmen.

Wegen der Begründung dieses Beschlusses erlauben wir uns auf die Verhandlungen der bezeichneten Sitzung ehrerbietigst Bezug zu nehmen.

In tiefster Ehrfurcht

Euer Königlichcn Hoheit

Braunschweig,
12. Mai 1902.

unterthänigst = treu = gehorsamster
Auschuß der Landessynode.

C. Langerfeldt.

2225 061

